

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3  
Fernsprecher: Dönhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Wallstr. 65. Dr. S. u. Disc.-Ges., Depositentale Lindenstr. 3.

Abonnement 15 Pf. monatlich 2,00 Mk. im voraus zahlbar. Postzeitung 4,20 Mk. einschließlich 60 Pf. Postgebühren und 12 Pf. Postzeitungsgebühren. Auslandabonnements 4.— Mk. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Donnerstags und Freitags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“ „Mittwerts Beilage“ „Wort und Zeit“ und „Runder Tisch“. Ferner: „Unterhaltung und Wissen“, „Sonntagsnummer“, „Lehrling“, „Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“

Die ständige Korrespondenzstelle 60 Wienig, Kellnerstraße 1. — Reichsmarkt „Kleine Anzeigen“ das letzte Heft des Wort 25 Wienig (gültig zwei Heftgebühren) jedes weitere Wort 12 Wienig. Stellenangebote des Wort 15 Wienig, jedes weitere Wort 10 Wienig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Wienig. Familienangelegenheiten Seite 60 Wienig. Anzeigenannahme im Hauptgebäude, Dönhoffstraße 2, nachmittags von 2 bis 12 Uhr.

# London ermahnt Wien.

## Eine Erklärung des Außenministers.

London, 4. November. (Eigenbericht.)

Abg. Balfour, Mitglied des Parteivorstandes der Arbeiterpartei, lenkte im Unterhaus die Aufmerksamkeit der Regierung besonders auf die Heimwehr-Erklärung vom 30. Oktober, die mit einem bewaffneten Vorgehen zum Zwecke der Durchsetzung gewisser Änderungen in der deutsch-österreichischen Verfassung droht. Beabsichtigt die britische Regierung, so fragt Balfour, irgendwelche Vorstellungen bei der österreichischen Regierung zum Zwecke des Schutzes britischer Interessen und der Aufrechterhaltung des Friedens in Zentraleuropa zu unternehmen.

### Außenminister Henderson

antwortete wörtlich: „Beide Parteigruppen erörtern gegenwärtig die Verfassungsfrage in der durch die parlamentarischen Einrichtungen gegebenen Weise und in einem diesen Institutionen entsprechenden Geiste. Die britische Regierung hofft auf das Nachdrücklichste, daß die republikanischen Institutionen das Land in den Stand setzen werden, mit großer Beschleunigung zu normalen Verhältnissen zurückzukehren und die halb-militärischen Organisationen zu entwaffnen, die den Fortschritt in Oesterreich und die Arbeit des Volkes hemmen. Jeder Zusammenbruch des parlamentarischen Regimes in Oesterreich und jeder Versuch, die schwebenden Probleme auf andere Weise zu lösen, müßten die britische Regierung mit schwerer Besorgnis erfüllen, da damit die internationale Stabilisierung auf ernste Weise gefährdet würde.“

In Erwiderung von Anfragen des Abg. Charles Buxton erklärte Henderson, der Völkerbundrat habe das Schreiben der

Botschafterkonferenz vom 23. Mai 1929 bezüglich der Rüstung Oesterreichs noch nicht geprüft. Henderson verneinte auch die Frage, ob die Regierung Oesterreichs der britischen Regierung versichert habe, daß die dem Schreiben der Botschafterkonferenz zufolge im Besitz von Waffen befindlichen Verbände in Oesterreich sofort entwaffnet und aufgelöst werden sollen.

### Ungarn bewaffnet die Heimwehr.

In der vorigen Woche sind aus dem ungarischen Grenzort Güns, wo eine Garnison der ungarischen Armee und eine starke Gruppe der Reservearmee „Levente“ ist, mehrere Maschinen-gewehre nach Bodenhaus im Burgenland gebracht und dort von einem Funktionär der Heimwehr, dem christlichsozialen Landtagsabg. Hollenthannen, übernommen worden. Der Transport wurde aber von der österreichischen Zollbehörde entdeckt. Er läßt enge Beziehungen zwischen der österreichischen Heimwehr und der ungarischen Armee vermuten.

### Professor hegt — Salatenkreuzer schlagen zu!

Wien, 4. November.

Au der Technischen Hochschule forderte der Professor Dr. Zerbe in seiner Vorlesung die Studenten auf, seinen Vortrag über die Kriegsschuldfrage zu besprechen. Dieser Aufforderung folgten dann einige Worte des Professors über die schwachvolle Haltung eines bestimmten Teils des deutschen Volkes. Darauf stießen die Salatenkreuzer über die jüdischen und die sozialistischen Studenten her, die verprügelt wurden. Der Rektor verfügte den Legitimationszwang. Einige Personen, die nicht nachweisen konnten, daß sie technische Hochschüler sind, wurden verhaftet.

# Heute Parlament in Warschau.

## In äußerst gespannter Situation.

Warschau, 4. November. (Eigenbericht.)

Die ablehnende Haltung des Sejmpräsidenten Daszynski, einer Einladung des Staatspräsidenten Moscicki Folge zu leisten, wenn auch Pilsudski komme, hatte einen Briefwechsel zwischen dem Staatspräsidenten und Daszynski zur Folge. Der Staatspräsident hat anscheinend unter dem Druck Pilsudskis an Daszynski einen Brief gerichtet, in dem er dessen Ablehnung trotz der Sonnabendunterhaltung dahin auslegte, daß der Sejmarschall an der Aufklärung der Vorgänge im Sejm kein Interesse habe!

Darauf hat Daszynski erwidert, daß Pilsudski einen Ausgleich der biderseitigen Differenzen unmöglich gemacht habe, weil Pilsudski ihn beschimpft hat. Bereits in der am Sonntag im Schloß geführten Auseinandersetzung mit dem Staatspräsidenten habe er (Daszynski) darauf hingewiesen, daß das Land um jeden Preis Ruhe und innere Ordnung haben müsse; er habe dem Staatspräsidenten daher mit Rücksicht auf die innerpolitische Lage gebeten, entweder den Sejm aufzulösen oder die Regierung abzu-berufen.

Unmöglich sei der Zustand, den Sejm weiterbestehen zu lassen und ihn gleichzeitig fortgesetzt zu schmähren. Weder die Würde der Abgeordneten, noch die des Volkes würde ein derartiges Schauspiel ertragen. Mit Marshal Pilsudski werde er (Daszynski) außerhalb des Sejm nicht sprechen, und auf die Beschimpfungen werde er mit Verachtung antworten. Er streue sich, mitteilen zu können, daß Millionen treuer Polen so wie er über die Beschimpfungen Pilsudskis denken.

In dieser äußerst angespannten Situation soll am Dienstag Mittag 12 Uhr der Sejm zusammentreten. Auf Anordnung des Sejmarschalls wird der Haupteingang des Parlaments geschlossen bleiben.

Ein Extrablatt des „Robotnik“ mit dem Wortlaut des Briefes des Staatspräsidenten und der Antwort des Sejmarschalls ohne auch nur ein Wort des Kommentars ist von der Polizei beschlagnahmt worden, obgleich weder der Brief des Staatspräsidenten noch die Erklärung des Sejmarschalls nach der Verfassung beschlagnahmt werden dürfen!

# Wahlbilanz der Tschechoslowakei.

## Udrzal soll wieder die Regierung bilden.

Prag, 4. November.

Die Zentralwahlkommission führte heute den zweiten und dritten Wahlgang für das Abgeordnetenhaus durch. Danach stellt sich der Stand der Mandate der einzelnen Parteien wie folgt:

Von den deutschen Parteien erhalten die Deutsche Wahlgemeinschaft (Bund der Landwirte und Deutsche Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft) 16 Mandate gegen 24 im Jahre 1925. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß bei den letzten Wahlen auf die Gewerkepartei und die Ungarische Nationalpartei, die in Listenbindung mit der Deutschen Wahlgemeinschaft standen, acht Mandate entfielen. Von den jetzt erlangten 16 Mandaten erhielt der Bund der Landwirte 13 Mandate, während drei Mandate auf die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft entfielen.

Die Deutschen Sozialdemokraten erhalten 21 Mandate (Gewinn 4), die Deutschnationalen 7 (Verlust 3), die Christlich-

Sozialen 14 (Gewinn 1), die Deutschen Nationalsozialisten 8 (Gewinn 1).

Von den großen tschechischen Parteien gewonnen die Sozialdemokraten bei 30 Mandaten 10, die Nationalsozialisten bei 32 Mandaten 4, die Nationaldemokraten bei 15 Mandaten 2, die Großgrundbesitzer bei 46 Mandaten ein Mandat.

Es verloren die Gewerkepartei bei 12 Mandaten ein Mandat, die Meritalen bei 25 Mandaten 6, die Slowakischen Volkspartei bei 19 Mandaten 4, die Kommunisten bei 30 Mandaten 11.

Dem Gesamtergebnis zufolge erhielt die bürgerliche Koalition 147 von 300 Mandaten, sie hat neun Mandate verloren.

Der Präsident der Republik hat den bisherigen Ministerpräsidenten Udrzal (Tschech.-Ugr.) wie der Kabinetsbildung betraut.

Die bisherigen Regierungsparteien lassen durch ihre Presse erkennen, daß sie um jeden Preis wieder eine Bürgerregierung bilden möchten. Diese Hoffnungen dürften sich jedoch kaum erfüllen. Es ist vielmehr wahrscheinlich, daß es zu einer Regierung mit den Sozialisten beider Nationen kommt.

# Zentrum, wohin?

## Verschiebung der Fronten.

Von Georg Docker.

Es wird in der letzten Zeit sehr viel von der Umgruppierung der bürgerlichen Parteien gesprochen. Man will wissen von den bevorstehenden oder sogar schon vollzogenen Gründungen der neuen Parteien. Zwei Tatsachen: der Tod von Stresemann und die katastrophale politische Pleite von Hugenberg, haben diesen Spekulationen eine besonders reiche Nahrung gegeben, und es muß zugegeben werden, daß diese beiden Tatsachen die Situation geschaffen haben, die eine Umgruppierung der bürgerlichen Parteien wahrscheinlicher denn je erscheinen läßt.

Trotzdem ist allen sensationellen Meldungen über die neuen Parteigründungen gegenüber eine Mahnung zur Vorsicht am Platze. Die bestehenden Parteien besitzen in ihren organisatorischen Apparaten, in ihrer Führerschaft und in ihren Fraktionen eine konservative Kraft, die unter Umständen diese oder jene Partei, aller Logik der politischen Entwicklung zum Trotz, in ihrem durch die Entwicklung offenbar völlig überholten Zustand noch weiter erhalten kann.

Dennoch müssen wir mit einer politischen Umgruppierung, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf, auch in dem Falle rechnen, wenn keine neue Parteibildung zustandekommt. Wir kennen schon im deutschen politischen Leben Erscheinungen, die der Bildung von „Blöcken“ aus den Vertretern der gleichen Interessengruppen in den beiden großen Parteien in Amerika ähnlich sind. Bei uns entstehen wenigstens verschiedene „Fronten“. Gelegentlich kommt die Einheitsfront der Gewerkschaften aller Richtungen zustande: es besteht eine „Grüne Front“, in welcher sich der Zentrumsmann Hermes in Gemeinschaft mit den Deutschnationalen sehr wohl fühlt; um den Reichsverband der Deutschen Industrie bildet sich eine Front der Industriellen und Bankleute verschiedener politischer Richtungen; weniger ernst zu nehmen, aber von ähnlicher Art, ist die Front der mehr lärmenden als denkenden Geschäftsleute im Hansa-Bund.

Nun scheint jetzt noch eine „Front“ von anderer Art in Vorbereitung zu sein, die für unsere Politik eine dauerhafte und ernsthafte Bedeutung bekommen kann: eine, wenn wir sie mit einer Formel bezeichnen wollen, „Christlich-konservativ-sozialer Front“, deren Grundlage eine vielleicht organisatorisch sehr lockere, aber faktisch doch fest zusammengebundene Arbeitsgemeinschaft gewisser Kreise des Zentrums und der Deutschnationalen werden dürfte. Für die Zentrumspolitik würde es eine Anknüpfung an die alte Tradition ihrer Partei bedeuten, und es ist gewiß kein Zufall, daß der Prälat Dr. Kaas in seiner Kölner Rede in einigen dazugehörigen Redewendungen an Windthorst und andere alte Zentrumsführer erinnern ließ. War doch diese Rede nichts anderes als ein Abklang der Erklärungen von Windthorst, als er am 9. Juli 1879 im Reichstag auf „das ständige Hinweisen auf das angeblich verdächtige Zusammengehen des Zentrums mit den Konservativen“ zu sprechen kam.

„Ich bedaure“, führte Windthorst aus, „daß in diesem Augenblick... ein dauerndes Zusammengehen dieser Art schwer sein wird, denn so lange der „Kulturkampf“ dauert... bleibt unsere Stellung unverändert. Ist dieser beseitigt und können wir dann mit den Konservativen gehen, so wird uns das eine herzliche Freude sein, nicht zu einer Reaktion zwar, welche auch die Konservativen nicht wollen, wohl aber zu einer Revision einer ganzen Reihe von Gesetzen... Ich bin der Meinung, daß nach dem Lauf der Dinge der Pendel der großen politischen Uhr, welcher bisher sehr stark nach links schlug, jetzt mehr nach rechts schlägt, und ich will hoffen, daß er nun das richtige Gleichmaß hält, damit nicht demnächst wieder ein Schlag nach links erfolgt.“

Wenn man in diesen Äußerungen von Windthorst den „Kulturkampf“ durch den „Kampf um den Young-Plan“ ersetzt, so werden sie sehr aktuell klingen!

In diesem Zusammenhang gewinnt noch eine Erscheinung ein besonderes Interesse und muß sehr aufmerksam verfolgt werden. Wir meinen die Beziehungen zwischen gewissen Zentrumskreisen und den österreichischen Christlich-Sozialen und die Beeinflussungsversuche, die von der letzteren Seite kommen. Im Juli dieses Jahres erschien der „streitbare Prälat“ Dr. Seipel in Tübingen, um die Heimwehren als die Träger der „wahren Demokratie“ zu preisen. Sehr erscheint in einer so repräsentativen katholischen Monatschrift wie „Abendland“ (Oktober 1929) ein Artikel über die Heimwehrebewegung in Oesterreich, der politisch und nur politisch bewertet werden muß. Der genannten Monatschrift konnte man bisher ein anständiges Niveau nicht abstreiten. Dieser Artikel, von Heinrich Prinz Schwarzenberg geschrieben, hat das Niveau des „Wiener Journals“, welchem bei uns ungefähr das Niveau der Hugenberg-Presse entspricht. Prinz Schwarzenberg schreibt einen Werbeartikel für die Heimwehren, er versucht, das deutsche Zentrum für die Heimwehrebewegung zu gewinnen. Die Heimwehrebewegung sei in den Zentrumskreisen völlig mit-



# Das Kabinett Tardieu.

Ein unlogischer Ausgang.

verstanden, und der Grund dafür bestehe darin, daß man in Deutschland das wahre Gesicht der österreichischen Sozialdemokratie nicht kenne. Herr Schwarzenberg macht darauf aufmerksam, daß die kommunistische Partei in Oesterreich vollkommen bedeutungslos ist... „dagegen ist die österreichische Sozialdemokratie bedeutend weiter linksstehend als die deutsche, in ihrem maßgebenden linken Flügel sogar noch weiter links als die deutschen Kommunisten“. Sie „hat also in Oesterreich die Rolle der deutschen Kommunisten übernommen“. Dafür führt der tapfere Prinz zwei Beweise an. Erstens habe Otto Bauer auf dem Parteitag in Linz erklärt, „daß sie (die Sozialdemokraten) den heutigen Staat... als Uebergangsstadium zur Räterepublik betrachten“. Der zweite Beweis: „Eine Tafel, die im Festzug des 2. Internationalen Sozialistischen Jugendtreffens im Juli 1929 durch Wien getragen wurde, die die Aufschrift trug: „Republik, das ist nicht viel! Sozialismus heißt das Ziel!“ Daß die Behauptung über die Rede von Otto Bauer falsch ist, davon kann sich jeder durch das Lesen des Protokolls des Linzer Parteitags überzeugen. Zur Information der Redaktion des „Abendlandes“ sei hier nur eine Stelle aus der Rede des Genossen Bauer zitiert: „Soweit es auf uns ankommt, wollen wir im Kampf um die Staatsmacht den Weg der Demokratie erobert haben, sie auch über mit den Mitteln in der Form und unter allen Bürgerpflichten der Demokratie.“ Und wie ist es mit der Tafel? Die Aufschrift billigen wir in ihrem ersten Teil nicht, da wir in ihr die Verkennung der gewaltigen Bedeutung der Republik gerade für unseren Kampf für den Sozialismus sehen. Sie läßt aber schon aus dem Grunde keine Schlüsse auf die Einstellung der österreichischen Sozialdemokratie zu, da die Tafel mit dieser Aufschrift einer reichsdeutschen Gruppe der Arbeiterjugend gehört und von dieser Gruppe nach Wien gebracht wurde!

Durch diese Proben ist das echt hugenbergische Niveau des Artikels genügend gekennzeichnet. Was über die Heimwehrbewegung gesagt wird, ist auch keine objektive Schilderung, sondern pure Agitation. Natürlich wollen die Heimwehren ihre Ziele „nur auf legalem Wege“ durchführen. Sie wollen „die Stärkung der Staatsautorität und die Beseitigung der Parteienoligarchie“ usw. Schluß:

„Wenn einst der Zusammenschluß unserer Staaten erfolgen soll, so wird das Deutsche Reich gewiß lieber einem innerlich gefestigten Oesterreich die Hand zum Bunde reichen als einem Oesterreich, in dem heute so gut wie morgen der offene Bolschewismus ausbrechen kann. Und gerade Euch, deutsche Katholiken, wird es freuen, statt eines sozialistischen ein wieder katholisches Oesterreich begrüßen zu können. Und das werde ich nicht zuletzt unseren Heimwehren zu danken haben.“

In einer Zeitschrift, die keine rein politische ist, ist eine gewisse Freiheit der Meinungsäußerungen ja selbstverständlich. Sie pflegt aber ihre Grenze zu haben, die durch die grundsätzliche Einstellung der Redaktion gegeben wird. Wenn ein solcher Artikel wie der von Prinz Schwarzenberg mit seinem Appell an die deutschen Katholiken nicht im „Vokal-Anzeiger“, sondern in einem angesehenen katholischen Organ, an welchem sich Leute wie zum Beispiel Professor Brauer, Professor Goepf-Briefs oder Prälat Schreiber betätigen, erscheint, so gibt das zum Nachdenken. Sind gewisse Kreise (und keine ausgesprochen „rechte“) im Zentrum schon so weit, daß sie sich entschlossen haben, die Heimwehrbewegung offen zu unterstützen? Die Frage an diese Kreise ist berechtigt: Wohin geht der Weg?

## Reichstag erst im Dezember?

Besprechungen beim Reichskanzler.

Am Mittwoch wird eine Besprechung der Parteiführer beim Reichskanzler Müller stattfinden, an der auch der Reichstagspräsident Lohse und der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses Abg. Scheidemann teilnehmen. Schon hieraus geht hervor, daß es sich bei dieser Besprechung in erster Linie um die Frage handelt, ob und wann der auswärtige Ausschuss bzw. das Plenum des Reichstages zusammentreten sollen. Da die Schlusskonferenz in Haag durch die Verzögerung des Abchlusses der Arbeiten der Kommissionen nicht vor Ende November stattfinden wird, so wird zu entscheiden sein, ob die Einberufung des Reichstages nicht bis nach dieser Konferenz vertagt werden soll.

## Das Braunkohlengeld.

Die finanzierten Parteien schweigen.

Aus Halle wird uns geschrieben:

„Die Zahlungen aus dem Reptilienfonds beim Ostelbischen Braunkohlensyndikat an die Rechtsparteien werden insbesondere dadurch verständlich, daß die beiden Verwalter dieses Fonds, Oberleutnant a. D. Kersten und Generalsekretär Heubel von der Firma A. C. Hebe, den Rechtstreifen nahe stehen. Heubel ist Mitglied des Stahlhelms. Heubel hat auch die finanziellen Beziehungen zwischen dem Stahlhelm und dem Reptilienfonds aufrecht. Die Briefe des Stahlhelms gehen z. B. an seine Adresse. Die Zahlungen aus dem Reptilienfonds selbst betragen monatlich 30.000 Mark. In diesem Betrag sind die Wahlgelder, die aus dem Reptilienfonds an die Deutschnationale Partei gezahlt werden, nicht einbezogen. In letzter Zeit wurden insbesondere die Nationalsozialisten durch den Reptilienfonds begünstigt.“

Auf unsere Behauptungen über den Reptilienfonds des Braunkohlensyndikats und dessen Zahlungen an die Deutschnationale Partei, den Stahlhelm und die Nationalsozialisten haben die Geldgeber und Geldnehmer auch bis heute noch nicht reagiert. Sie schweigen, obwohl sich alle Beteiligten an dieser Korruption in den letzten Tagen wiederholt mit unseren Behauptungen befaßt haben. Aber weder Hugenberg, noch Selbke, noch Hitler hatten bisher die Stirn, irgend etwas zu bestreiten.

Botschafter Maurice herbette gestorben. Montag nacht ist in Paris der französische Botschafter in Brüssel Maurice Herbette im Alter von 58 Jahren gestorben. Zu Beginn seiner diplomatischen Laufbahn war er Attaché an der französischen Botschaft in Berlin, wo sein Vater lange als Botschafter Frankreichs weilte und wo er selbst das französische Gymnasium in der Dorotheenstraße besucht hatte.

Nach fast zweiwöchiger Krise hat Frankreich wieder eine Regierung. Das Ministerium Briand war durch ein Mißtrauensvotum der Linken gestürzt worden. Dieser erfolgreiche Vorstoß richtete sich vor allem gegen die außenpolitische Zweideutigkeit, die durch die Reden des Kolonialministers Maginot über die Haager Abmachungen und gegen die Rheinlandräumung geschaffen worden war. Und als Endergebnis dieser Krise ist nun glücklich ein Kabinett zustande gekommen, das einen unzweifelhaften Ruck nach rechts bedeutet: Briand selbst ist zwar Außenminister geblieben, aber er ist sozusagen der letzte, ziemlich isolierte Exponent der Linken in einer Regierung, in der die halb rechts und ganz rechts stehenden Elemente das Uebergewicht besitzen.

Am stärksten wird diese Entwicklung durch den Umstand charakterisiert, daß Maginot vom Kolonial- zum Kriegsmi-nister gewissermaßen befördert wurde, welchen Posten er bereits während der Ruhrbesetzung bekleidete. Jetzt soll er, ein Gegner der Rheinlandräumung, die militärischen Räumungsmassnahmen anordnen. Das kann zu allerhand wenig wünschenswerten Erscheinungen führen, zumal wenn die dritte Zone an der Reihe ist.

Dieser Ausgang der Krise ist, wenn man sich ihren Ursprung vergegenwärtigt, unlogisch und vom internationalen Standpunkt aus sehr bedauerlich. Für uns bildet diese Wendung keine Ueberraschung, vielmehr hatten wir sie am Tage des Sturzes Briands genau vorausgesehen für den Fall, daß die Sozialistische Partei ihre Beteiligung an einer Regierung der Linken verjagen würde, die ohne sie nicht möglich war.

## Tardieus Riesenkabinett.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Tardieu ist in der Nacht zum Sonntag gebildet worden. (Wie wir im größten Teil unserer Sonntagsausgabe schon berichtet konnten. R. d. „D.“) Es umfaßt 28 Minister und Unterstaatssekretäre, während die letzte Regierung Poincarés und Briands nur 16 Mitglieder zählte. Von den 28 Mann gehören 4 dem Senat und 24 der Kammer an. Von den Senatoren zählt politisch der Finanzminister Chéron zur republikanischen Union; die übrigen drei, der Justizminister Hubert, der Unterrichtsminister Marraud und der Pensionsminister Gallot gehören der radikal-linken im Senat an. Die 24 Abgeordnetenminister verteilen sich wie folgt: zwei Republikaner, zwei Mitglieder der unabhängigen Linken, sechs Mitglieder der demokratisch-Sozialen, drei Mitglieder der Gruppe Marin und ein Demokrat. Von ihnen gehören nicht weniger als 15 Mann unbedingt zu den reaktionären Parteien. Als Linksovertreter können nur die Mitglieder der demokratischen Linken, der unabhängigen Linken, der radikal-linken im Senat und der Republikaner gerechnet werden. Rein ziffernmäßig tendiert also das Kabinett Tardieu stark nach rechts.

Das Außenministerium hat Briand übernommen. Maginot ist Kriegsminister, während Loucheur das Arbeitsministerium

behalten hat. Das Luftfahrtministerium bleibt in den Händen des Radikalen Cynac. Tardieu selbst verwaltet gleichzeitig das Ministerium des Innern.

Die Aufnahme des Kabinetts Tardieu ist in der Presse nicht gerade enthusiastisch. Die „Ere Nouvelle“ erklärt, Tardieu habe zwar eine Ministerliste, aber kaum eine arbeitsfähige Regierung zustande bringen können. Schon die Tatsache, daß Poincaré dem neuen Kabinett nicht angehört, sei für die reaktionäre Einstellung der Regierung bezeichnend genug. Immerhin scheinen sich die bürgerlichen Linksparteien in dem Gedanken zu beruhigen, daß Briand der neuen Regierung angehört und seine Außenpolitik unverändert fortsetzen wird.

## Tardieus Absichten.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Das Kabinett Tardieu wird versuchen, in der Kammer zunächst die Eisberatung, die bis zum 31. Dezember beendet sein soll, in den Vordergrund zu stellen und die Erörterung aller anderen aktuellen Fragen zu vertagen. Insbesondere die Debatte über die Haager Konferenz soll bis ins nächste Jahr hinaus zurückgestellt werden. Die Interpellationen, die eventuell werden könnten, will man nach bewährtem System in Fortsetzungen behandeln und so ihrer Durchschlagskraft berauben.

Immerhin wird die Regierung eine allgemeine Aussprache über ihr Programm zu übersehen haben. Bei dieser Gelegenheit dürften bereits einige recht unangenehme Fragen angeschnitten werden. So hat der linksrepublikanische Bureau eine Interpellation über die Saarverhandlungen eingebracht, der Abgeordnete Franklin-Bouillon verlangt Auskunft über die Rheinlandräumung, die sozialistische Partei protestiert in einer Interpellation gegen die Ernennung Maginots zum Kriegsminister, die ihr mit der Außenpolitik Briands nicht in Einklang zu stehen scheint.

Die radikale Partei nimmt vorläufig gegenüber dem neuen Kabinett noch eine abwartende Haltung ein. Trotzdem ist kaum ein Zweifel darüber möglich, daß auch sie unter der Führung Daladiérs früher oder später zur Opposition stoßen wird.

## Erste Wirkung der 10.05 Prozent.

Paris, 4. November. (Eigenbericht.)

Tardieu, der Minister des neuen reaktionären Kabinetts in Frankreich, läßt am Montag durch die ihn nahestehende Presse verkünden, daß er sich angesichts des hugenberg-„Siegess“ genötigt sehe, die Parlamentsdebatte über die Ratifizierung der Haager Abkommen bis nach der endgültigen Volksabstimmung in Deutschland zu vertagen. Es geht nicht an, läßt Tardieu erklären, daß Frankreich sich durch Annahme des Young-Planes festlege, bevor sich Deutschland endgültig entschieden habe. Selbstverständlich habe Frankreich jetzt auch keinen Grund, mit der Räumung des Rheinlandes fortzufahren, da die Voraussetzung dieser Räumung die Integrität des Young-Planes bilde.

## Das Inflationsbegehren.

Vorläufiges Ergebnis: 10,05 Prozent.

Nach Mitteilung des Reichswahlleiters stand am Montag abend folgendes Ergebnis der Eintragungen für das Volksbegehren fest: Im ganzen sind 4147725 Eintragungen erfolgt, das sind 10,05 Proz. der Gesamtstimmberechtigten. Das Ergebnis aus drei Gemeinden des Stimmkreises Magdeburg steht noch aus.

## Hugenberg's Parteitag.

Die Deutschnationale Pressestelle teilt mit: Wie bereits bekanntgegeben, findet der Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei am Freitag, dem 22. und Sonnabend, dem 23. November, in Rassel statt. Die Tagung am 22. November beginnt um 2.45 Uhr nachmittags mit dem ausführlichen Bericht des Parteivorstandes.

Die weiteren Vorträge stehen unter dem Motto: „Der geistige und wirtschaftliche Kampf gegen den Marxismus.“ Das erste Thema hierzu wird lauten: „Der Kulturkampf unserer Zeit — Christentum gegen Marxismus.“

Die Tagung am Sonnabend beginnt um 9 1/2 Uhr vormittags und wird mit dem Thema: „Der Dolchstoß der Eigenwirtschaft und der Persönlichkeit“ eröffnet. „Die Selbstverwirklichung als Kampffeld gegen den Marxismus“ ist das Thema des letzten Referats.

## Die zweite Schlacht

oder diesmal Clax an der Spitze.

Hitlers Vorbeeren lassen Herrn Clax vom Alldeutschen Verband nicht schlafen. Er möchte bei der Volksentscheidungskampagne die Rolle spielen, die Hitler beim Volksbegehren hatte. Damit ihm keine zuvorkommt, hat er schon am Sonntag angefangen, und läßt durch die „Deutsche Zeitung“ verkünden: „Kauft die zweite Schlacht. Die Alldeutschen voran!“

Herr Clax hat die „zweite Schlacht“ mit einer Rede auf einer Tagung des Alldeutschen Verbandes in Frankfurt a. Main eröffnet. Zunächst mit der Behauptung, daß außer den 4 Millionen Einzelwählern weitere 8 Millionen sich hätten einzeichnen wollen, aber durch „unerhörten Druck“ daran verhindert worden seien. Warum nicht gleich 37 Millionen? Die „zweite Schlacht“ geht also gleich mit einem honebüchlenen Schwindel los.

Wessen sich die Deutschnationalen bei der Parole „Clax voran“ zu versehen haben, darüber läßt er keinen Zweifel: „Endlich sei erwähnt, daß die Bemühungen um das Volksbegehren die Heranbildung einer neuen Führerschaft wesentlich gefördert haben, ein Umstand, dessen Bedeutung sich in der nächsten Zukunft zeigen wird.“

Bei diesen Leuten werden die Führer, die die größten politischen Niederlagen herbeiführen. Je größer die Pleite, um so gemialer der Führer! Bei solchen Prinzipien wird die „zweite Schlacht“ natürlich ein herrlicher Erfolg werden!

Hitlers Ultimatum. Wie die „Münchener Nachrichten“ von unbekannter zuverlässiger Seite erfahren, entspricht die gemeldete Darstellung der „Münchener Telegrammzeitung“ über das Ultimatum Hitlers über den früheren Kronprinzen Rupprecht vollständig den Tatsachen.

## Leicht und die Ehescheidung.

Eine rückschrittliche Erklärung.

Der Führer der Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei, Prälat Leicht, hat sich in einer Versammlung in Bamberg sehr heftig gegen die Reformarbeit im Rechtsausschuß des Reichstages gewandt. Er hat erklärt, daß eine Erleichterung der Ehescheidung unter keinen Umständen eintreten dürfe, nachdem er zuvor mit dem Gedanken des Austritts aus der Regierungskoalition im Reiche gespielt hatte.

## Salentreu's Streicher verurteilt.

Zwei Monate Gefängnis wegen Ritualmordbege.

Nürnberg, 4. November.

Das Schwurgericht Nürnberg verurteilte heute den Abgeordneten und Stadtrat Hauptlehrer a. D. Julius Streicher wegen Religionsvergehens, begangen durch die Presse, zu zwei Monaten Gefängnis, und den Stadtrat und Buchhändler Karl Holz, Schriftleiter des „Stürmers“, wegen forgesetzten Religionsvergehens, begangen durch die Presse, zu drei Monaten 15 Tagen Gefängnis. Der Buchdruckereibesitzer Hitz wurde freigesprochen. Die Angeklagten hatten die jüdische Religionsgemeinschaft nach der Anklage in Artikeln des „Stürmers“ durch falsche wiedergabe von Tatsachenstellen beleidigt.

Streicher hatte den Gladbacher Gymnasialmord zu einer schrantentlosen Ritualmordbege gegen das Judentum benutzt.

## Bandervelde in Hamburg.

Daag noch nicht das letzte Wort.

Hamburg, 4. November. (M.B.)

Im hiesigen Gewerkschaftshaus, in dem Saale, in welchem sich nach dem Kriege die Sozialistische Internationale wieder zusammenschloß, sprach gestern der ehemalige belgische Außenminister Bandervelde in französischer Sprache über den Kampf um den Frieden. Der Redner betonte, die sozialistische Internationale habe nicht ausgehört, die Abmachungen von Versailles, die keinen Vertrag, sondern ein Diktat darstellen, zu bekämpfen. Langsam hätten inzwischen auch die Regierungen die gleiche Anschauung über jene Regelung gewonnen. Es seien Fortschritte zu verzeichnen, aber auch das jüngste Ergebnis vom Haag entspreche noch nicht den Wünschen und Forderungen der Internationale. Er, Bandervelde, betrachte das Haager Ergebnis nicht als endgültig. Das letzte Wort in dieser Angelegenheit liege bei den Vereinigten Staaten von Amerika. Die sozialistische Internationale, so schloß Bandervelde, hoffe auf den Frieden, glaube an den Frieden und kämpft um den Frieden.

Vergeßliche Kommunisten. Der Volksausschuß für die Arbeitslosen in Düren hat die von den Kommunisten eingereichten Wahlvorschlüge nicht zugelassen, weil sie 36 Stunden zu spät eingereicht wurden. Auch die Vorschläge der Nationalsozialisten wurden nicht zugelassen, weil sie statt der erforderlichen 10 nur 9 Unterschriften trugen. Ein Nationalsozialist hatte unbedeutenderweise auch für seine Frau die Unterschrift gesetzt.



## Labour bekämpft die Arbeitslosigkeit. Das Programm der Arbeiterregierung.

London, 4. November. (Eigenbericht.)

Die wichtigste und in mancher Beziehung kritischste parlamentarische Woche, die Großbritannien seit sieben Jahren erlebt hat, wurde am Montag mit einer Debatte über die Arbeitslosigkeit eingeleitet. Der Minister für Arbeitsbeschaffung Thomas begann seine Ausführungen damit, daß das Programm, das er vor den Parlamenten vorgelegt habe, nicht nur bei der Opposition, sondern auch bei einem Teil seiner eigenen Partei keine begeisterte Aufnahme gefunden habe. Der Minister erläuterte dann, wie er es durch Erweiterung der Befugnisse des mit der Vergabe öffentlicher Arbeiten betrauten Komitees ermöglicht habe, daß Arbeiten im Betrag von 220 Millionen Mark vergeben worden sind. Dies entspricht einer einmonatigen Beschäftigung von 500 000 Mann. Unter den in Aussicht genommenen Arbeiten sind besonders Bauten zur Verbesserung der Wasserversorgung, die während des trockenen Sommers teilweise völlig verfallen sind. Thomas ging auf seine Bestrebungen ein, die auf den Bau von 20-Tonnen-Frachtwaggons und Ausbau der Hochbohrhöfe hingen. Seiner Anregung, die ausländischen Holz-Eisenbahnschwellen durch solche aus britischem Stahl zu ersetzen, sei nach einer Reihe von Experimenten stattgegeben und während der beiden letzten Monate bereits 13 000 Tonnen britische Stahlschwellen in Auftrag gegeben worden. In bezug auf den Straßenbau plane die Regierung sich im besonderen dem Problem des Zwischenhandels zuzuwenden und bald einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen.

Zusammenfassend betonte der Minister, daß Arbeiten im Betrage von 840 Millionen Mark bewilligt worden seien. Kanada habe sich verpflichtet, jährlich 3000 in Großbritannien ausgebildete Einwanderer zu lassen.

## Bergbaukonferenz in England. Zu Mittwoch anberaumt.

London, 4. November.

Die Regierung hat das Zentralkomitee der Vereinigung der Kohlenbergwerksbesitzer und die Exekutive der Bergarbeitergewerkschaft aufgefordert, kommenden Mittwoch zu einer Konferenz zusammenzutreten, an der auch einige Minister teilnehmen werden.

## Stimmungsmache gegen Labour.

Wegen der Indienklärung des konservativen Vizekönigs.

London, 4. November. (Eigenbericht.)

Verschiedene Persönlichkeiten der englischen Konservativen Partei haben in den letzten 24 Stunden verzweifelt versucht, in England eine politische Krisenstimmung zu erzeugen. Anlaß hierzu bot ihnen die Erklärung des Vizekönigs von Indien über die Entwicklung Indiens zum Dominion und die Tatsache, daß die Verfassungskommission für Indien über die Erklärung von der Arbeiterregierung nicht befragt worden ist. Die Lage ist besonders dadurch außerordentlich verwirrt, daß ein Teil der konservativen Partei die Gelegenheit zu einem scharfen Angriff auf Baldwin benutzt und der gegenwärtige Vizekönig von Indien, die Haupttriebkraft der Regierungserklärung über Indien, der konservativen Partei angehört. Die konservative und liberale Presse bieten ein Bild schlimmster Konfusion und benutzen die Gelegenheit zu einer großen Stimmungsmache gegen die Arbeiterregierung. Es scheint jedoch, daß die Opposition ihren Feldzug nicht bis zu einem Vertrauensvotum zu treiben gedenkt. Die entscheidende Debatte wird am Donnerstag im Unterhaus beginnen, doch wird von keiner Seite ein direkter Misstrauensantrag eingebracht werden.

## Italiens neues Strafgesetzbuch. Ab Abschaffung der Zwangsverbannung?

Mailand, 4. November. (Eigenbericht.)

Das neue italienische Strafgesetzbuch, das jetzt fertig ist, sieht u. a. die Wiedereinführung der Todesstrafe vor. Auf Todesstrafe muß erkannt werden bei Anschlägen gegen die Sicherheit des Staates, gegen das Leben des Königs, der königlichen Familie und des Chefs der Regierung. Der Gesetzentwurf sieht ferner die Abschaffung der Zwangsverbannung vor und setzt an ihre Stelle das Aufenthaltverbot, das auf ein oder mehrere Gemeinden, ein oder mehrere Provinzen sich erstrecken kann.

## Baden-Badener Stadtrat in Ravenna verhaftet.

Karlsruhe, 4. November.

Der Baden-Badener Arzt und Stadtrat Dr. Hüner, der gegenwärtig als ärztlicher Reisebegleiter mit einer englischen Dame in Italien reist, wurde, wie diese Dame mitteilte, in Ravenna plötzlich verhaftet. Die Gründe sind noch nicht bekannt. Der Oberbürgermeister der Stadt Baden-Baden hat sofort die deutsche Botschaft in Rom benachrichtigt, die ihr Eingreifen zugesagt hat.

## Die Bombenaffäre.

Entlassung des Gastwirts Gencelashy.

In der Voruntersuchung wegen der Bombenattentate hat der Untersuchungsrichter beim Landgericht I den gegen den Gastwirt Gustav Gencelashy erlassenen Haftbefehl aufgehoben, weil nach dem jetzigen Stand der Ermittlungen Mitschuldigkeit — Vergehen nach § 13 des Sprengstoffgesetzes — in Betracht kommt und die zu erwartende Strafe nicht so hoch ist, daß Nachsicht begründet erscheint.

Für die Beschuldigten Wefele und Pünjer ist von dem Verurteilten Haftbeschwerde eingelegt, über die die Strafkammer demnächst befinden wird.

## Bombenfreund ausgewiesen.

Liegnitz, 4. November.

Der ungarische Staatsangehörige Georg Keszler, der zeitweilig in Reichenbach O.-Schl. an der Grenzlandstraße beschäftigt war, ist auf Anordnung des preussischen Ministers des Innern als lästiger Ausländer aus Preußen ausgewiesen worden, nachdem es sich in dem Ermittlungsverfahren gegen die Urheber der Sprengstoffattentate in Schleswig-Holstein und Hannover ergab, daß Keszler sich in Verbindung mit rechtsradikalen Persönlichkeiten in staatsfeindlichem Sinne betätigt hat.

Mit seiner Betätigung als Armanenführer hat die Ausweisung nichts zu tun.

Die Engländer verboten in Jerusalem das hebräische Sozialistenblatt „Davar“ wegen Veröffentlichung der polizeilichen Geheimnisse der Kommunisten.

## Schützt eure Anlagen bei der Kommunalwahl am 17. November!



So möchte die kapitalistische Spekulation eure Erholungsstätten zuriichten!

## Oesterreich und die Internationale.

Von Emile Vandervelde (Brüssel).

Angeichts der Entwicklung der Dinge müssen die Ereignisse in Oesterreich bei allen Sektionen der Internationale die ersten Besorgnisse hervorrufen. Die wunderbare Sozialdemokratische Partei Oesterreichs, die die Revolution von 1918 durchgeführt, die es verstanden hat, in einem vom Kriege verwüsteten und verbluteten Lande ein Stück Sozialismus zu schaffen, das Vorbild und Beispiel für die Arbeiter ganz Europas ist, steht in einem scharfen Konflikt, der droht, zu einem Bürgerkrieg zu werden. In einem Konflikt mit einer Regierung, die von allen Kräften der liberalen und bürgerlichen Reaktion gebildet wird und unzweideutig die Absicht bekundet, die demokratische Verfassung unter dem Vorwand einer Revision zu beseitigen. Gewiß kann man mit Sicherheit annehmen, daß die Sozialisten in diesem Konflikt 90 Proz. Aussicht auf Erfolg haben. Sie haben

das Geschick auf ihrer Seite, und wenn die Gegner versuchen sollten, den Boden der Geheimgewalt zu verlassen, um ihr Ziel zu erreichen — und anders können sie es nicht erreichen — und sich entschließen sollten, die stets gefährliche Rolle des Angreifers zu übernehmen, würde ihnen eine Kampfschlacht und für den Kampf lange vorbereitete Arbeiterkräfte entgegenstehen in einem Kampf, der für sie, für ihre Organisationen, für die Bewahrung der eroberten Rechte und Garantien ein Kampf auf Leben und Tod wäre. Aber unsere österreichischen Genossen dürfen in den Schwierigkeiten, die sie zu überwinden haben, nicht bloß auf sich selbst gestellt sein. Es ist unerlässlich, daß die Internationale schon jetzt Mittel und Wege sucht, um sie zu unterstützen, nicht nur durch bloße Erklärungen und platonische Sympathie- und Solidaritätskundgebungen. Der Sozialismus ist heute in Europa nicht mehr bloß die Kraft einer Idee. Männer, von denen man überzeugt sein darf, daß sie entschlossen sind, ein Attentat auf die Demokratie zu verhindern, sind Mitglieder von Regierungen.

die, wie man im diplomatischen Jargon in Versailles sagte: „Mächte mit allgemeinen Interessen“ darzustellen; und diesen Regierungen stehen überdies gegenüber jenen, die in Wien oder anderswo versucht sein könnten, zur Gewalt zu greifen, vielerlei und sehr wirksame Mittel zur Verfügung, um ihnen Vernunft beizubringen. Gewiß, Oesterreich ist ein „Boll, das sich frei regiert“, im Vollbesitz seiner Souveränität und gerade in den sozialistischen Kreisen hat man in den letzten zehn Jahren immer wieder die schärfsten Proteste gegen die Kontrolle und die finanziellen Eingriffe erhoben, die die Souveränität Oesterreichs einzuschränken suchten. Aber wer könnte es wagen, zu behaupten, die Souveränität denen, die sie in den durch ihr verfassungsmäßiges Mandat festgelegten Bedingungen ausüben, das Recht gibt, durch Verfassungsbruch, durch einen Staatsstreik, eine Diktatur zu errichten? Für die Regierungen, denen die europäische Solidarität nicht nur eine leere Phrasologie bedeutet, ist

es nicht nur ein Recht, sondern eine Pflicht, zu handeln und zwar vorbeugend, um zu verhindern, was für Oesterreich eine vielleicht nicht wieder gutzumachende Katastrophe und für das übrige Europa eine neue Quelle von Unruhen und gefährlichen Entwicklungen wäre. Ueberdies braucht man gar nicht erst besonders informiert zu werden, um zu wissen, daß man schon jetzt in London, in Berlin, in Paris und Prag, die Ereignisse mit höchster Aufmerksamkeit und Wachsamkeit verfolgt und nicht erst gewartet hat, bis die Lage sich verschlimmert, um den österreichischen Bundeskongress vor den Folgen aller Art zu warnen, die

eine Politik des Verfassungsbruches und des Staatsstreiches nach sich ziehen könnte.

Daraus erklärt sich auch zweifellos, daß die liberal-kapitalistische Regierung nach ihrem anfänglichen draußgängerischen Reden es für nötig befunden hat, eine offizielle Note zu veröffentlichen, in der sie erklärt, die Verfassungsrevision „auf gesetzlichem Wege“ durchzuführen zu wollen. Es ist möglich, sogar wahrscheinlich, daß dies augenblicklich ihre Absicht ist und in diesem Falle könnte es scheinen, als ob die Sache geregelt wäre. Aber das Proletariat ist schon durch zu viele grausame Erfahrungen belehrt worden, was die Absichten und Versprechungen schwacher Regierungen wert sind, die durch brutale und zu allem bereits Gruppen zur Macht gelangt sind und von einem Tag zum anderen durch offene Regierungen dieser Gruppen ersetzt werden können. Darüber zu machen, daß sie zur Ohnmacht verurteilt werden, daß die Debatte auf den gesetzlichen Boden innerhalb der in der Verfassung der österreichischen Republik vorgesehene Grundsätze beschränkt bleibe, bedeutet nicht, das Selbstbestimmungsrecht Oesterreichs einzuschränken; nein, im Gegenteil, das heißt, dafür sorgen, daß dieses Recht nicht und von niemandem verletzt werde! Es gibt

in dem Europa, das aus dem Weltkrieg hervorgegangen ist, keine isolierten Staaten mehr.

Der Kampf, den unsere Genossen in Oesterreich für die Verteidigung ihrer Freiheit und ihres Rechts führen, ist nicht nur ihr Kampf, es ist auch der unsere; es ist ein Kampf zwischen der sozialistischen Demokratie, die im Vormarsch ist, und dem reaktionären Sozialismus, der keine Mittel scheut, um ihr den Weg zu versperren; und dieser Kampf kennt nicht mehr die Grenzen der Staaten. Die Internationale und alle ihre Sektionen müssen daher in den Kämpfen in Oesterreich alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel aufbieten. Die demokratischen Regierungen Westeuropas vermögen viel zu tun, damit sich die Dinge nicht zum schlimmsten wenden. Aber ihre Aktion wird um so wirksamer sein, je mehr es die sozialistischen Parteien verstehen werden, durch Wort und Schrift auf die öffentliche Meinung einzuwirken. Der Anfang dazu war ausgezeichnet. Man kann von ihnen daher nur eins verlangen: ihre Aktion weiterzuführen und sie noch zu verstärken.

## Der Fall Leow.

Die Inseratenexpedition für die kommunistische Presse schickt uns zu den Veröffentlichungen des linkskommunistischen „Volkswillen“ zum Fall Leow die folgende Berichtigung:

„1. Es ist un wahr, daß Mitte des Jahres 1926 der Vertrag zwischen dem Rot-Front-Verlag und der Inseraten-Expedition ohne schließlichen Grund erneuert wurde. Wahr ist vielmehr, daß am

22. April 1926 ein neuer Vertrag abgeschlossen wurde, weil die Bundesleitung des RFB eine Erhöhung ihrer Anteile an den Inseratenstellen in der „Roten Front“ forderte.

2. Es ist un wahr, daß die Bundesleitung auf Grund des neuen Vertrages anstatt der vorher festgesetzten 33 1/2 Proz. nur noch 30 Proz. von den Einnahmen für die Inserate der „Roten Front“ erhielt und daß dadurch die Inseraten-Expedition einen jährlichen Mehrgewinn von über 40 000 M. hatte. Wahr ist vielmehr, daß der neue Vertrag eine Erhöhung der Anteile für die Bundesleitung bzw. den Rot-Front-Verlag um über 19 Proz. brachte.

3. Es ist un wahr, daß der zweite Bundesführer des RFB, Leow, als Gegenleistung für die Vertragserneuerung 5000 M. von der Inseraten-Expedition erhielt. Wahr ist vielmehr, daß Leow niemals auch nur einen Pfennig von der Inseraten-Expedition bekommen hat. Inseraten-Expedition für Arbeiterzeitungen, Biermann, Th. W. u.

## Deutsches Künstlertheater.

O'Neill: „Seltsames Zwischenpiel“.

Nachdem von 7 bis 10 1/2 Uhr acht Akte vorübergefallen sind, hebte ich mich aus dem Theater, um diesen Bericht zu geben. Bis jetzt haben wir rund zwei Dutzend Jahre in den acht Akten erlebt. Es gibt in dem amerikanischen Stück genügende Quantitäten literarischer Kunst, von der Qualität wollen wir morgen sprechen. Ein erlebtes Publikum folgte den wirklich seltsamen Vorgängen mit Interesse. Das Spiel, vor allem von Rudolf Forster und Elisabeth Bergner, ist hervorragend. Dgr.

In Kabul hingerichtet wurden Habibullah, der gestürzte Usurpator, sein Sohn und elf seiner Stützen. Die Regierung erklärt zur Begründung, sie habe Nachrichten erhalten, daß Anhänger Habibullahs planten, ihn gewaltsam aus dem Gefängnis zu befreien. In Hellsalabad, Kandahar und anderen Städten wurden mehr als 70 Personen verhaftet, die sich an der Verhaftung der Regierung Radirs beteiligt haben sollen.







# Eisenbahnerstadt zwischen Seen.

Eine Station hinter Brandenburg, an der Straße nach Roggendorf, liegt die Ortschaft Kirchmöller, klein und beschieden. Ueberblickt man aber vom nahen Mühlberg die weite, wasserreiche Umgebung, so fällt einem sofort die riesige Anlage des Reichsbahnwerkes „Brandenburg-West“ ins Auge. Rings von Seen (Großmühlentwitzer, Wend-, Plauer- und Wärschles) umschlossen, liegt dieses große Werk auf einer Halbinsel, die sowohl mit der Reichsbahn als mit der elektrischen Straßenbahn von Brandenburg über Plauze erreichbar ist. Die während des Krieges erbauten Anlagen dienten erst der Pulver- und Munitionserzeugung. 3000 Frauen waren bei dieser gefährlichen Industrie beschäftigt und noch heute erinnern die zwischen mächtigen Erdwällen angelegten Pulvermagazine an die ursprüngliche Bestimmung der Werkbauten. Als letzte Erinnerung an die Errungenschaften des großen Krieges prangt das flammterlange eiserne Festungsgitter, das nach der Eroberung des Forts Mauberge hier praktische Verwendung als Zaun fand. Nach dem Versailler Vertrag sollten die Werke zerstört werden, doch gelang es der Reichsbahn, die ganze Anlage zu verhältnismäßig billigem Preis während der Inflationszeit zu erwerben.

2575 Arbeiter und 190 Beamte sind in dieser Stadt beschäftigt, die aus 400 Fabrikgebäuden um 1200 Wohnungen für circa 4000 Personen besteht. Ueber tausend Arbeiter kommen täglich auf Arbeiterzügen von Brandenburg zur Arbeit. Eine elektrische Zentrale versorgt nicht nur das Werk und die beiden händig wachsenden Siedlungen, sondern auch den Kreis Jerichow II mit Strom. Ein großes Wasserwerk, eine Fernheizanlage, eine kleine Landwirtschaft, Krankenhaus, Volksschule, alles finden wir in dieser Eisenbahnerstadt, die mit einem Wertpendelzug mit Brandenburg in dauernder Verbindung steht.

In den interessantesten Anlagen gehört unstreitig das Lokomotivwerk. Vor der Hauptfront rangieren auf kreisförmiger Gleisanlage zahlreiche Lokomotiven, um mittels Drehschleibe schließlich den Weg in die weitläufigen Hallen des „Lokwerkes“ zu finden. Unter dem ehrenbeizubehenden Getatter der Brechluft- und elektrischen Hämmer werden hier Tag für Tag durchschnittlich 13 Lokomotiven repariert. Einen Monat dauert ungefähr die Ueberholung jedes einzelnen Teiles. Sechzig Louvrentrone heben die mit anatomischer Gründlichkeit zerlegten Lokomotivrümpfe hoch; die verbrauchten Teile gehen ins Ersatzlager, wo sie, soweit als möglich, wieder auf neu hergerichtet werden. Auf alle Fälle wird immer ein neuer Kessel eingebaut. Alle vier Jahre einmal schlägt jeder Lokomotive die Stunde gründlicher Ueberholung. Nach dem Rationalisierungsprinzip beschränkt man sich auf möglichst wenig Gattungen, in „Brandenburg-West“ fast nur auf Personenzuglokomotiven. Duzende von Kesseln auf der einen Seite, Duzende von Rädern auf der anderen Seite, ganze Gassen von Führerständen, von furenden Kranen durch die Luft getragene Lokomotivrümpfe, so gibt uns diese Werkstätte das gigantische Bild eines modernen Maschinenbetriebes, in dessen Mittelpunkt die Lokomotive steht.

Nachdem nach einem Gang in die Zentralschule, die vor 13 Jahren gegründet und in den schönen Räumen des ehemaligen Feuerwerkslaboratoriums untergebracht wurde. Ueber hundert Reichsbahnbedienstete vervollständigen hier ihre Ausbildung. Sie sind in hellen, freundlichen Räumen untergebracht, erhalten in dem



Das Reichsbahnwerk Brandenburg-West.

ebenfalls in der Schule untergebrachten Kasino ihre Verpflegung und können am reichhaltig ausgestellten Lehrmaterial Anschauungsunterricht erhalten. Da gibt es die vollständige Einrichtung zur Güterabfertigung und Fahrkartenausgabe, wobei veraltete und unmoderne Systeme flug gegenübergestellt werden. Am Lehrstellwert kann man



Eingang zur Eisenbahn-Zentralschule.

die Wirksamkeit des elektrischen und mechanischen Stellwerks erproben, mit dem eine Kuppelachse mit Signalrichtungen verbunden ist. Im Oberhaus gibt es Schienen und Schwellen, Lokomotivteile, Telegraphenapparate. Ein großer Sonntagssaal mit modernem Filmparierungsapparat, ein Zeichen- und Physiksaal vervollständigen die Einrichtung dieser modernen Schule, deren guter Ruf auch viele Ausländer heranzieht.

„Schulbücher in der Republik.“ Frau Olga Dubislav bittet uns zu den Ausführungen in Nr. 517 um die Aufnahme des folgenden: „Die Familie Dubislav legt Wert auf die Feststellung, daß sie auf die inhaltliche Gestaltung der Unterrichtswerke „Dubislav und Boel“ seit dem Jahre 1921 bedeutendstermaßen keinen Einfluß hat.“

## Straßenbahnanhänger umgestürzt.

Weil die Bremse versagte. — Drei Verletzte.

Am frühen Nachmittag des Montag ereignete sich in der Rudower Straße in Berlin ein schwerer Straßenbahnunfall. Beim Einbiegen in die dort befindliche Weiche wurde ein Anhänger der Straßenbahnlinie 48 von einem Triebwagen der Linie 6 getrammt. Zwei Fahrgäste und der Schaffner erlitten erhebliche Verletzungen. Der Wagen, in dem sich fünf Fahrgäste und der Schaffner befanden, sprang aus den Schienen und stürzte mit großer Krach um. Sämtliche Scheiben gingen in Trümmer und eine Seitenwand wurde eingedrückt. Während drei Fahrgäste wie durch ein Wunder mit dem Schrecken davonkamen, mußten der 52jährige Kaufmann Otto Diehr aus der Dirschowstraße 4, der Schaffner Stephan Urbanik aus Budow, Weidenweg 29, und die 54jährige Frau Marie Fuchs aus der Ockerstraße 38 durch die Feuerwehr, die mit drei Zügen angetrieben war, ins Budower Krankenhaus gebracht werden. Die Verletzungen erwiesen sich glücklicherweise als nicht gefährlich. Die Ursache des Zusammenstoßes konnte zwar noch nicht einwandfrei geklärt werden, ist aber nach den bisherigen Ermittlungen offenbar auf ein Versagen der Bremse zurückzuführen.

## Zusammenschluß der Geschädigten.

Berufung der Gläubiger der Beamtenbank.

Am Montagnachmittag fand in den Geschäftsräumen der Bank für Deutsche Beamte eine Versammlung von Gläubigern, und zwar vorwiegend Beamten der verschiedensten Behörden statt, die zu folgender Entschlußung führte:

1. Die durch den Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte Geschädigten schließen sich zu einem Schutzbund zusammen, der die Bezeichnung „Schutzbund der durch den Zusammenbruch der Bank für Deutsche Beamte e. G. m. b. H. Geschädigten“ führt.

2. Zweck des Schutzbundes ist: a) den genauen Sachverhalt derjenigen Vorgänge, die zum Zusammenbruch der Bank führten, festzustellen und zu prüfen, inwieweit sich aus der Art der Geschäftsführung Rechte der Geschädigten herleiten lassen; b) die Interessen der Geschädigten in Verhandlungen mit Bankgruppen und Behörden zu vertreten, insbesondere zu erstreben, daß unter Anwendung des Konkurses im Wege eines Vergleichs die Kunden baldmöglichst auf ihre Guthaben Abschlagsquoten ausgezahlt erhalten, andererseits von den Genossen nach Möglichkeit jede Haftung abgewehrt wird.

3. Der Schutzbund wird durch einen Ausschuss vertreten, dem zunächst 6 Personen angehören, die Geschäftsführung hat in den Händen des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hans Rath zu Berlin C. 2, Breite Str. 35, und des Herrn Rechtsanwalts Dr. Hans Wolff zu Berlin, Friedrichstr. 175. Anmeldungen und Anfragen sind zunächst an diese Herren zu richten.

4. Um nach Möglichkeit die sämtlichen Geschädigten zu erfassen, sollen zunächst Unterausschüsse bei allen dienstlichen Behörden, denen die geschädigten Beamten vorwiegend angehört, gebildet werden.

Bei der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft besteht, wie der „DSD“ mischt, Bereitwilligkeit, von der Bank für Deutsche Beamte die debitorischen Beamtenrechnungen nach Prüfung zu übernehmen und den Beamtenkreditoren für die Abdeckung dieses Credits zu garantieren. Es ist vorgesehen, aus den auf die Weise geschaffenen flüssigen Mitteln im Vergleichsweg so schnell wie möglich Rückzahlungen an die Gläubiger zu leisten. Den Beamtenkreditoren der Bank für Deutsche Beamte fallen ferner Vorzinsen bis zur Höhe eines Monatsgehalts gewährt werden. Auf die Vorschläge sollen die von den Behörden bereits vorzuhaltende gezahlten Beträge in Anrechnung gebracht werden. Sämtliche Depositionen der Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft werden schon im Laufe der nächsten Tage mit den Zahlungen beginnen.

## Johann Komároví: He, Kosaken!

aus dem Ungarischen von Alexander von Sacher-Masoch  
Copyright by Böhmergilde Gutzberg, Berlin.

Sie beugte sich zu mir und streichelte mich: „Wir werden es schon irgendwie richten. Du wirst mit Bandi zusammen wohnen. Du hilfst ihm beim Lernen und wir werden mit Mutter das Schulgeld bezahlen. Aber rede mit niemandem darüber, damit es mein Vater nicht erfährt.“

„Ich werde schweigen, Fräulein Emmi“, und vor Dankbarkeit traten die Tränen in meine Augen.

Sie bemerkte es nicht, denn sie zog aus ihrer Schürzentasche einen kleinen Brief hervor und las ihn mit großer Aufmerksamkeit. Ein unerwartetes Geräusch kam aus der Richtung der Küche, worauf sie den Brief eilig verstopfte. Sie sah noch immer nicht auf: „In einem Monat gehe ich wieder in die Gegend hinaus malen. Du begleitest mich auch jetzt, nicht wahr?“

„Ich gehe immer mit Ihnen. Wird auch der junge Herr Vater da sein?“

Ihr Köpfchen blieb weiter gefenkt: „Er wird da sein.“

„Ist der junge Herr ein Verwandter von Ihnen, Fräulein Emmi?“ fragte ich ungeschickt.

„Sehr entfernt, hänschen... sehr entfernt...“

Ein böses, kleines Lächeln zuckte um ihren Mund und sie sah mich an. Sie erklärte die Tränen in meinen Augen. Sie beugte sich zu mir, umarmte mich: „Es wird schon irgendwie sein, hänschen. Ich werde dich nicht vergessen... Steh doch ein bißchen auf.“

Ich stand auf. Ich war kaum größer, wie sie sitzend. Sie zog mich an sich: „Nicht wahr, du hast mich lieb!“

„Sehr lieb, Fräulein Emmi“, antwortete ich verlegen, denn es wurde mir sehr warm dabei.

Sie prüfte meine Augen, „Nicht wahr, du wirst mich auch dann lieben, wenn... wenn ich zufällig recht bald... verlass... Wenn ich fortginge...“

Ich begriff nicht, was sie wollte. Stodend sagte ich: „Ich werde Sie immer lieben...“

Sie küßte mich. Mein Kopf sank auf ihre kleinen Brüste,

mir schwindelte... Als sie mich losließ, ging ich schwankend aus der Beranda. Ich sah mich nicht mehr um.

In diesen Tagen lag schläfrige Ruhe über der Gegend, und bei Nacht reichte das Himmelsgewölbe bis zu geheimnisvollen Höhen hinauf, und die Sterne zuckten. Der Oberkosal war seit Tagen verschwunden und auch die Kosaken hatten sich letzten Sonnabend nicht gezeigt. In den späten Abenden schwebten violette Nebel von den fernen Gewässern der Sabore und Andava herüber, die hohen Steinmauern der Speicher und Lennen leuchteten gelb zu unseren Fenstern herüber. Der Mond hing veripäet über dem Sumpf.

In diesen drückenden Tagen trat unerwartet ein Ereignis ein, wie es nicht einmal die ältesten Dorfbewohner jäh ähnhlich erlebten. Erst mochte man es, nur flüsternd davon zu sprechen, aber nach zwei, drei Tagen bewunderte man bereits mit einer Mischung von Furcht und Erstaunen den unerbittlichen Mut meines Großvaters, des Kosaken.

Es geschah nämlich, daß der Oberkosal in einer Nacht mit dem Tode raufte. Mindestens eine halbe Stunde lang in einem Fort.

Mit dem leidhaftigen, überirdischen Tode.

Das war eine große, eine sehr große Begebenheit... Ich bringe es nicht fertig, darüber zu lächeln, es überkommt mich vielmehr großes Mitleid und Rührung, wenn ich an diese tollkühne Vermessenheit meines Großvaters zurückdenke. Wir sahen auch damals nicht klar in dieser Sache, und heute taucht dieser Ringkampf meines Großvaters mit dem Tode nur mehr aus dem sagenhaften Nebel vor mir auf. Unter allen Taten des Oberkosalen war das die größte.

Aber auch der Tod war auf dem Posten. Er hieb zurück, daß dem Alten feurige Funken vor den Augen zu tanzen begannen, und ebe er noch einmal zu Atem kam, ergriff ihn der Tod um den Hintern bei der Hofe, hob ihn hoch, schüttelte ihn in der Luft, und während der Oberkosal sein Bewußtsein verlor, drehte ihn der Tod über seinem Kopf und schleuderte ihn weit von sich. Der Alte faufte mit veredelten Gliedmaßen durch die Luft und stürzte mit einem großen Krach unter die Hecke des gräßlichen Gartens. Dort fanden sie ihn am Morgen in Leib und Seele zerstückert.

So verließ dieser bößliche Raufhandel!

Großmutter salbte den Rücken des Oberkosalen mit Fett. Erst stöhnte der unerbittliche Mann, denn er hatte handteller-große Blasen auf dem Rücken. Aber nachdem er etwas zu sich kam, dat er um seine Pflaue. Er steckte sie an, stützte sich auf den Ellenbogen und sah gedankenvoll vor sich hin...

Nachdem Andreas Bitor die Einzelheiten des fürchtbaren

Ringkampfes zu Ende vernommen hatte, wiegte er seinen Kopf ernst hin und her: „Mit dem Tode anzubinden!... Das kannst auch nur du wagen, Michael...“

„Wir haben einander ordentlich verhöhlt, Andreas, das ist nicht zu leugnen“, nickte der Oberkosal. „Aber mit mir kann man nicht herumspielen, Bruder...“

Er sog an der Pfeife und wimmerte.

Am nächsten Morgen klopfte auch mein anderer Großvater bei uns an: „Gelobt sei Jesus Christus!“

„Serous“, begrüßte ihn der Oberkosal.

Mein Großvater setzte sich an sein Bett, denn der Oberkosal lag noch immer mit verbundenem Schädel. Er begann auch jetzt mit sanften Reden: „Ich höre, du hattest irgendeine nächtliche Rauferei. Es wird erzählt, daß du es mit dem Tode zu tun hattest.“

„Freilich!“ Der Oberkosal hob den Kopf. „Ich langte ihm ein paar ordentliche.“

Als sie so plauderten, erwähnte mein anderer Großvater einmal: „Um die Wahrheit zu sagen, ich bin gekommen, Michael, um dir ins Gewissen zu reden. Einigt euch mit dem Herrn Verwalter...“

„Wie denkst du dir das, Georg?“ Der Oberkosal sah ihn bestrebt an.

Mein Großvater fuhr mit viel Ruhe fort: „Ich denke mir, Michael, daß es nicht dafürsteht. Schau, ihr seid unter Prozeß, und vergessen wir nicht, daß die Herren eher Recht zu erhalten pflegen wie unsereiner.“

„Davor habe ich keine Angst“, schüttelte der heißere Alte den Kopf. „Wir werden mit jedermann fertig... Du verstehst das nicht, Georg.“

Aber mein anderer Großvater ließ die Sache nicht ruhen. Er sprach mit reifer Ueberlegung zum Oberkosalen, daß der Verwalter Brugos einer Einigung nicht mehr so fremd gegenüberstände, wie er aus seinen Worten entnommen habe.

„Ich“, fuhr er mild fort, „habe den Herrn Verwalter öfter gebeten, er möge euch verzeihen...“

Der Oberkosal begann zu leuchten: „Was verzeihen? Wem verzeihen? Aber, aber, Georg, stecke deine Nase nicht in Dinge, die dich nichts angehen!“

Aber mein Großvater erhob sich auch jetzt noch nicht, um etwa fortzugehen. Und das war ein Glück. Denn auf sein langes Zureden begann der Oberkosal nachzugeben. Mein Großvater sagte schließlich: „Glaub mir, Michael, es gibt nichts Schöneres als die Einigkeit. Unser Leben ist so kurz, wozu sollen wir es mit Haber füllen? Rufe deine Leute zusammen und trage ihnen die Sache vor.“ (Fort. folgt.)



# Die Geheimfonten der Sklarets

Disziplinarverfahren auch gegen Stadtrat Benede.

Wie die B. E.-Korrespondenz meldet, soll es der Polizei und der Staatsanwaltschaft gelungen sein, Aufzeichnungen über Geheimfonten der Gebrüder Sklarek zu finden. Die drei Brüder Sklarek sollen, um die Namen prominenter Kunden oder guter Freunde zu verschleiern, die Konten unter Decknamen führen. Hinter der Bezeichnung „Ostian“ soll ein leitender hoher Beamter der Berliner Stadtverwaltung zu suchen sein, während hinter der Bezeichnung „Hammel“ sich ein Beamter der Stadtbank verbergen soll. Für das Konto des kommunistischen Stadtrats Gabel soll man die Bezeichnung „Gabriel“ gewählt haben, während der kommunistische Stadtrat Degner den Liebernamen „Dolch“ erhielt. Für den Bürgermeister Schneider soll das Pseudonym „Schuster“ gewählt worden sein.

Die Gebrüder Sklarek haben bisher die Taktik verfolgt, nichts offen zugeben, sondern immer nur halbe Andeutungen zu machen, so in der Art, daß man zwar nicht offen von ihnen Geld verlangt, daß man aber in schwierigen Situationen die Augen zugedrückt habe, so daß sie sich verpflichtet gefühlt hätten, sich erkenntlich zu zeigen. Die Geheimfonten werden vom Untersuchungsrichter jetzt unter Zuziehung gewählter Sachverständiger und erfahrener Kriminalisten weiter nachgeprüft, denn nur wenn es gelingt, einen Zusammenhang zwischen der Annahme von Geldern und einem Einfluß auf die Amtstätigkeit der betreffenden Person nachzuweisen, wäre eine Bestrafung aller Angehörigen möglich.

Zu der Mitteilung über die Geheimfonten der Gebrüder Sklarek wird der B. E.-Korrespondenz von den Stadträten Gabel und Degner, ebenso von dem Anwalt des Stadtbauamtsdirektors Schmitt mitgeteilt, daß die drei Herren erklären, sie hätten von den Gebrüder Sklarek keine finanziellen Zuwendungen erhalten. Stadtrat Degner teilt ferner mit, daß seines Wissens kein Konto nicht unter dem Namen „Dolch“, sondern unter dem Pseudonym „Lindau“ geführt worden sei. Diese Mitteilung habe er gelegentlich seiner Vernehmung von Oberbürgermeister Topoliski erhalten.

Stadtrat Benede hat gestern bei Bürgermeister Scholz den Antrag auf Einleitung des Disziplinarverfahrens gestellt, um Gelegenheit zu haben, sich gegenüber den gegen ihn erhobenen Beschuldigungen, die er für unrichtig erklärt, zu verteidigen.

# Gefährlicher Warenhausbrand in Köln.

Zwei Feuerwehrleute durch Rauchgase getötet.

Köln, 4. November.

In der Filiale des Einheitspreislaufhauses Chape in Köln-Ehrenfeld brach am Montag morgen in dem Refektorium aus bisher ungeklärter Ursache ein Brand aus. Da bisher der Keller keine Lüftungsanlage aufwies, war ein außerordentlich starker Rauch entstanden. Außerdem konnten durch den engen Keller jeweils nur zwei Feuerwehrleute nach unten vordringen. Als die beiden ersten Feuerwehrleute, mit Gasmasken versehen, an den Brandherd vordringen wollten und lange ausblieben, sandte man zwei weitere Feuerwehrleute in den Keller, die ihre beiden Kameraden benimmungslos am Boden liegend vorfanden. Man schaffte die Bewußtlosen sofort ins Krankenhaus, wo sie inzwischen gestorben sind. Die Feuerwehr sah sich schließlich gezwungen, um den Brandherd bekämpfen zu können, im Verkaufsraum mehrere Löcher in den Fußboden zu schlagen, um zunächst einmal den starken Rauch abziehen zu lassen. Erst dann gelang es in mühevoller Arbeit, das Feuer zu löschen.

# Bei einer Karbidexplosion getötet.

Gasexplosion in der Brunnenstraße.

Gestern nachmittags ereignete sich im Norden Berlins in der Orststraße in einem Fabrikbetrieb eine schwere Karbidexplosion, die den Tod eines Arbeiters zur Folge hatte.

Der 32jährige Schmirremeister Artur Schrant handelte mit einem Karbidapparat, der aus ungeklärter Ursache explodierte. Mit schweren Verletzungen wurde Schrant in das Birkhof-Krankenhaus gebracht, doch war bei seiner Einlieferung der Tod bereits eingetreten.

Im Hause Brunnenstr. 159 ereignete sich gestern abend kurz nach 18 Uhr eine heftige Gasexplosion, die in der Hauptverkehrsstraße lebhafteste Beunruhigung hervorrief. Es gab plötzlich eine mächtige Detonation, und über den Fahrplan der Brunnenstraße prasselten Glas- und Holzstücke hernieder. Die erschreckten Passanten sahen, wie aus den Fenstern einer Wohnung im zweiten Stockwerk auch gleichzeitig Flammen herausschlugen. Die alarmierte Feuerwehr schlug die Wohnungstür ein und löschte zunächst das Feuer. Wie die Untersuchung ergab, stand die Wohnung seit 11 Uhr vormittags leer. Der Schlauch des Gaskochers war schadhaft, und im Laufe der vielen Stunden bildete sich durch ausströmende Gase ein starkes Gasluftgemisch, das sich an noch glimmenden Kohleteilchen in einem Kachelofen entzündete.

# Die Aufgaben der Volksbühne.

Hauptversammlung wählt Seidel in den Vorstand.

Die diesjährige Hauptversammlung der Volksbühne war von den Delegierten der Mitgliedschaft stark besucht. Wie üblich, gab es einige Zusammenstöße zwischen der großen Mehrheit der Delegierten und den Führern der Opposition, mit denen etwa der sechste Teil der Anwesenden stimmte. Doch war der Verlauf der Versammlung im allgemeinen ruhig.

Die Versammlung wurde eröffnet mit einem instruktiven Referat Richard Seidels. Er charakterisierte zunächst die Mission, die die Volksbühne in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erfüllte, und behandelte dann die Aufgaben der Volksbühne in der Gegenwart. Er wies darauf hin, daß die Volksbühne heute unter mannigfaltig anders gearteten Verhältnissen arbeite als vor 40 Jahren, daß insbesondere auch der Besitz des eigenen großen Theaters, heute Voraussetzung für jede programmatische Betätigung der Organisation, neue Verantwortung bedeute. Nach wie vor müsse es Aufgabe der Volksbühne sein, im Rahmen des künstlerischen auch Wagnisse zu unternehmen; aber es gäbe hier weit mehr als in früherer Zeit Grenzen, die vielleicht im letzten Jahr schon gelegentlich überschritten worden wären. Der Vortrag fand lebhaften Beifall.

Dann verlas Seidel den schriftlich niedergelegten Vorstands- und Geschäftsbericht. Dieser bot zunächst ein Bild von der Entwicklung und den Ereignissen im Geschäftsjahr 1928/29. Die vorgezeichnete Mitgliederzahl konnte nicht voll erreicht werden, die Arbeit des Vereins wie des eigenen Theaters hatte mit einer sehr ungünstigen Stimmung der Öffentlichkeit zu kämpfen, und die vom Verein für sein Theater aufzubringenden Mittel konnten nicht voll aus den laufenden Einnahmen aufgebracht werden, so daß es nötig war, etwa 180 000 Mark durch Anleihen zu decken. Immerhin gelang es, diesen Betrag zinslos von der Stadt zu erhalten. Auch brachte das Jahr künstlerisch manche schönen Erfolge, und die Angriffe von außen konnten das Gros der Mitgliedschaft nicht verwirren. Dem Bericht über das Geschäftsjahr 1928/29 folgten wertvolle Mitteilungen über das neue Spieljahr. Die vorgezeichneten Abteilungen konnten restlos erfüllt werden, der Besuch der Vorstellungen entwickelte sich so günstig, wie seit langen Jahren nicht, und die künstlerischen Leistungen standen auf voller Höhe. Die anschließende Diskussion behandelte neben den Referaten auch mehrere Anträge. In einer sehr langen Resolution waren die verschiedenen programmatischen und organisatorischen Forderungen des Arbeitsausschusses der

Sonderabteilungen zusammengefaßt. Die große Mehrheit der Versammlung beschloß, darüber zur Tagesordnung überzugehen. Mit der gleichen Mehrheit fand ein Antrag Ablehnung, die Volksbühne solle sich der unter kommunistischer Führung stehenden „Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur“ anschließen, ebenso ein Antrag, der durch eine Satzungsänderung erreichen wollte, daß stets ein Mitglied des Arbeitsausschusses der Sonderabteilungen der Verwaltung angehören müsse. Annahme fand dagegen ein Antrag, der dem Vorstand Dank und Vertrauen aussprach. Die Redner der Sonderabteilungen suchten diesmal ihre Kritik an der Vereinsleitung in gemäßigtem Ton vorzubringen und zögerten auch nicht, sehr energisch von den Subeifrigen abzurufen, die seinerzeit das Haus der Volksbühne mit Agitationsphrasen beschmiert hatten. Manche ihrer Behauptungen und Forderungen riefen aber natürlich doch lebhaften Widerspruch hervor. Mit Heftigkeit wurde der Vorschlag aufgenommen, die Volksbühne solle Piscator ein Theater einrichten, und wenn es auch nur „ein kleines“ wäre. Natürlich fehlte es nicht an Zurückweisung der von den Sonderabteilungen geübten Kritik. Der Arbeitsausschuß mußte sogar heftige Kritik einstecken.

Den Abschluß der Versammlung bildeten die Wahlen. An Stelle des verstorbenen Vorsitzenden Springer, dem der Versammlungsleiter Curt Baake eingangs warme Worte des Gedenkens gewidmet hatte, wurde mit sehr großer Mehrheit Richard Seidel gewählt. Ein Gegenkandidat war gar nicht vorgeschlagen. Im übrigen wurden alle ausscheidenden bisherigen Verwaltungsmitglieder wiedergewählt. Soweit von der Opposition Gegenkandidaten vorgeschlagen wurden, erhielten sie nur wenige Stimmen. Ein lebhafter Kampf entspann sich um die Berufung eines Ersatzmitgliedes für Seidel in die Verwaltung. Gegen den vom Vorstand vorgeschlagenen Robert Breuer wandte sich ein Oppositionsvertreter, indem er Ausführungen Breuers aus der „Weltbühne“, die im Jahre 1918 erschienen waren, zitierte. Breuer verwies darauf, daß schon der Abdruck des Artikels in der „Weltbühne“ wohl vor dem Verdacht schützen könne, daß er bei seinem Artikel in nationalsozialistischer Kriegsbegeisterung gemacht habe. Wenn seine damaligen Ausführungen Mißdeutungen zuließen, so wäre zu berücksichtigen, daß in jener Zeit die Zensur oft weitgehende Bestimmungen vorgenommen habe. Die Mehrheit der Versammlung trug dem auch kein Bedenken, Robert Breuer gegen den von der Opposition vorgeschlagenen Kandidaten die Stimme zu geben. Mit einem Hoch auf die Volksbühne schloß der Vorsitzende die Versammlung.

# Mörder oder Heiratschwindler?

Festnahme eines Schwerverdächtigen in Duisburg.

Am 19. Juni v. J. wurde, wie damals ausführlich berichtet, das Händler Ehepaar Schulz aus Staffelde im Kreise Soldin in der Neumark auf der Chaussee ermordet und beraubt aufgefunden. Der Täter, der ungeheuren entkommen war, mußte beide mit einer sicher geführten Parabellum-Pistole niedergeschossen haben. Nunmehr ist es, wie aus Duisburg gemeldet wird, zwei Berliner Kriminalbeamten in Zusammenarbeit mit der Duisburger Kriminalpolizei gelungen, einen holländischen Wilhelm Stelten aus Berlin festzunehmen, der in dem dringenden Verdacht steht, das Händler Ehepaar Schulz ermordet und beraubt zu haben. Der Verhaftete wurde nach Berlin übergeführt.

Bei den Nachforschungen zur Aufklärung des furchtbaren Verbrechens lenkte sich nach der Tat der Verdacht auf einen Russen, der in der Gegend unter dem Namen „Alex“ bekannt war. Er hatte erzählt, daß er früher russischer Offizier gewesen sei. Jetzt betrieb er einen Handel mit Wäsche in den Schmitterkajernen. Als man ihn vernehmen wollte, war er aus der Gegend verschwunden und ist bisher noch nicht wieder aufgetaucht. Er hatte Papiere auf den Namen „Wilhelm Stelten“, geboren am 28. Januar 1895 in Hinsbeck bei sich. Vor einiger Zeit erstattete nun bei der Berliner Kriminalpolizei ein junges Mädchen Anzeige gegen einen Mann namens Wilhelm Stelten wegen Heiratschwindels, der sie um 1000 Mark geschädigt hatte. Auch er hatte sich als russischer Offizier bezeichnet. Nach diesem Stelten wurde sehr gefahndet und er wurde jetzt in Duisburg festgenommen und nach Berlin gebracht. Verschiedene Umstände, deren Prüfung noch nicht abgeschlossen ist, lassen es allerdings zweifelhaft erscheinen, ob dieser Heiratschwindler Stelten identisch ist mit jenem Alex, der zu dem Kreise der Nordverdrängten gehört.

# Grünauer Straßenbahnunglück vor Gericht.

Der Zusammenstoß zweier Straßenbahnwagen in Grünau am 21. Juli 1928 gegen 9 Uhr abends beschädigte das Schöffengericht Berlin-Mitte. In dem Unglücksstunde, einem sehr heißen Sonntagabend, war ein Wagen der Linie 86 E

infolge solcher Weichenstellung auf das andere Gleis geraten und auf einen aus entgegengekehrter Richtung kommenden Wagen aufgefahren. Bei dem Zusammenstoß wurden 50 Personen mehr oder weniger schwer verletzt. Angeklagt war der Fahrer der Linie 86 E, Willy B. Er gab zu seiner Verteidigung an, daß er das erstemal auf dieser Strecke gefahren sei und sich das Unglück nicht erklären könne. Das Gericht erkannte wegen jahrlängiger Körperverletzung auf eine Geldstrafe von 150 M.

# Meuterei in rumänischem Zuchthaus.

34 Sträflinge sind seit über einem Monat im Hungerstreik.

Bukarest, 4. November.

Im Zuchthaus zu Doiteana, wo sich 34 Sträflinge seit mehr als einem Monat im Hungerstreik befinden, ist eine Meuterei ausgebrochen, an der sich jedoch nur einige Sträflinge beteiligten. Die Meuterei steht in keiner Verbindung mit dem Hungerstreik, sondern ist darauf zurückzuführen, daß drei Sträflinge, die in eine andere Strafanstalt abtransportiert werden sollten, ihre Vertretung nicht ausgehändigt wurden. Die Zuchthausleitung ließ ein starkes Aufgebot von Polizeibeamten kommen, mit deren Hilfe die Ueberführung der drei Sträflinge ohne weiteren Zwischenfall durchgeführt wurde.

# Dachstuhlbrand in Treptow.

Am Montagabend brach gegen 20 Uhr im Dachstuhl des Hauses Graehstr. 51 in Treptow — im Nachbarhaus befindet sich eine Vormärtskille — aus noch unbekannter Ursache Feuer aus. Ein starker Feuerschein gab dem zuerst am Brandort erscheinenden Löschzug Veranlassung sofort II. Alarm an die Hauptwache in der Lindenstraße weiterzumelden. Obgleich die Flammen schon einen erheblichen Teil des Dachgebälges ergriffen hatten, wurde der Brand bereits nach halbstündiger Tätigkeit gelöscht.

Die Ausstellung „Kriegsgräberfürsorge“ in der Neuen Woche ist wegen des starken Besuches bereits bis einschließlich Sonntag, den 3. November, verlängert worden. Da auch jetzt noch das Interesse für die Ausstellung offenbar groß ist, wird der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge die Ausstellung von Montag, den 20. November, bis einschließlich Donnerstag, den 24. November, nochmals öffnen. Eintritt ist wie bisher frei.



# Beleuchte Besser!

Innenmattierte Glühlampen erleichtern gute Lichtverteilung.

# OSRAM

Befrage den Elektrofachmann.



# Drama auf hoher See.

Das Rätsel um die Toten eines lettischen Schiffes.

Kopenhagen, 4. November.

Von einem geheimnisvollen Drama auf hoher See wird aus Svendborg berichtet. Einige Fischer von der Insel Langeland haben etwa 2 Stunden von Bogenkopm entfernt ein gesunkenes lettisches Schiff gefunden, von dem nur die Masten über dem Wasser emporragten. Der Dampfer einer deutschen Gesellschaft, der das Wrack untersuchte, fand unter dem Deck die Leichen des Kapitäns und des Steuermanns. Der Kopf des Kapitäns wies ein großes Loch auf, und dem Steuermann war die Kehle durchschnitten. Ferner wurde festgestellt, daß sich an Bord des Schiffes eine Frau, einige Kinder und 3 oder 4 Mann befunden haben müssen, die das Schiff wohl in einem Rettungsboot vor dessen Untergang verlassen haben. Da dieses aber nirgends aufgetaucht ist, muß angenommen werden, daß sie alle umgekommen sind. Der Zustand der Leichen gibt zu der Vermutung Anlaß, daß sich an Bord entweder eine Explosion ereignet hat oder daß der Kapitän und der Steuermann während einer Schlägerei getötet wurden. Man nimmt an, daß das Schiff während des heftigen Sturms vor etwa 3 Wochen untergegangen ist.

# Einsam und allein 35 000 km geflogen.

Deutscher Weltflieger in New York.

New York, 4. November.

Der Hindenburg-Flieger Freiherr von König-Warthausen, der sich mit seinem D.P.S.-Klemm-Verdichtungsflugzeug „Hünefeld“ auf einem Flug um die Welt befindet, ist von Albany kommend in New York gelandet. Er wird sich nun in den nächsten Tagen mit einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd nach Deutschland einschiffen, wo er dann nach der Landung in Berlin seinen Weltflug beendet haben wird. Sein Flug führte ihn über Rußland, Persien, Indien, Siam, China, Japan, Mexiko und die Vereinigten Staaten. Die Strecke betrug insgesamt 35 000 Kilometer, die ohne jede Beschädigung der Maschine durchgeführt wurde. Herr von König hat die gesamte Strecke ganz allein ohne Navigator oder Begleiter zurückgelegt.

# Bezirksamt hat völlig korrekt gehandelt.

Ergebnis der Untersuchung in Lichtenberg.

Zu Anfang bewegten sich die Verhandlungen der Bezirksversammlung Lichtenbergs durchaus in einem ruhigen Fahrwasser. Es ist bezeichnend für kommunistische Politik, daß man die Rot der Erwerbslosen zum Gegenstand undurchführbarer Anträge bei unzuständigen Stellen macht. Ihre Begründungen sind weiter nichts als Wohlwollen und nur darauf abgestellt, den Erwerbslosen Sand in die Augen zu streuen. Dieses verwerfliche Spiel kann und wird die Sozialdemokratie nicht mitmachen. Wir sind verantwortungsbewußt genug, im Rahmen des Möglichen für die Sache des erwerbslosen Proletariats bei den zuständigen Instanzen ohne viel Geschrei zu kämpfen. Die Prüfung der Jahresrechnung des Bezirksamtes hatte zu Beanstandungen nicht Anlaß gegeben. Etwas wußten die Kommunisten aber „herauszufinden“. Und so bemängelten sie, daß das Bezirksamt einmal einen Schrank für eine Wärmestube angeblich zu teuer bezahlt hätte. Dieser Fall zeigt treffend die „sozialistische Arbeit“ der Kommunisten in der Verwaltung. Eine besondere Debatte löste die Mitteilung aus, daß der Magistrat die Arbeiten des von der Bezirksversammlung eingesetzten Untersuchungsausschusses beanstandet hat, soweit es sich um Untersuchungen handelt, die die Wohl von Beamten angehen. Bekanntlich wurden gegen das Bezirksamt Vorwürfe erhoben, daß es nach einseitigen Gesichtspunkten Beamte eingestellt habe und daß Unregelmäßigkeiten bei der Vergütung von Bauarbeiten vorgekommen seien. Der Untersuchungsausschuss war zu dem Ergebnis gekommen, daß das Bezirksamt in einwandfreier Weise bei der Vergütung der Bauarbeiten gehandelt hätte. Diese für die Kommunisten so ungemein blamable Feststellung veranlaßte sie zu den unglaublichen Verleumdungen gegen unseren Genossen Stadtrat Stimming. Der Kommunist Gohbach besonders erging sich, wie schon wiederholt, in den gehässigen persönlichen Vorwürfen, die er demnächst vor dem Stadtrat zu beweisen Gelegenheit haben wird. Es ist typisch für diese Verleumdergesellschaft, daß sie auf alle Anschuldigungen unter Beschlag der Verleumdung den Beweis schuldig blieb.

Dieselben immer wiederkehrenden und schon wiederholt als unwahr festgestellten Angriffe gegen das Bezirksamt und seine Beamten wies Genosse Bürgermeister Dr. Siegel auf das schärfste zurück. Selbst ein Vertreter der Rechten, die mit der SPD als treuer Bundesgenosse in einer Reihe marschiert im Kampf gegen die Sozialdemokratie, konnte sich der Feststellung nicht enthalten, daß die Verleumdungen wohl gezwungen sei, sich hier mit den Kommunisten zu unterhalten, daß aber wohl keiner im Hause sei, der sonst mit ihnen auch nur ein Wort wechseln würde.

Die nächste Sitzung der Stadtordnungsversammlung findet am Donnerstag, dem 7. November, um 18 Uhr, statt. Die Tribünenarten für diese Sitzung sind bereits völlig begriffen.

# Der deutsche Wald bittet um Schutz

Ein Ruf an alle Heimatsfreunde und Wanderer.

Wenn der Lenz grüne Lichter im Sonnenschein das Auge des Menschen erfreuen, nimmt die schneidende norddeutsche Frost einen Schimmer von Poesie an. Der sandige Boden bringt keine Niesen hervor, wie etwa der Schwarzwald, aber gute Pflege und richtige Bewirtschaftung sichern auch dem bescheidenen gearteten Walde sowohl den erstrebten wirtschaftlichen Nutzen wie auch die Bedeutung als Erholungsstätte für die in Städten zusammengebrängte Bevölkerung.

Gerade in Deutschland ist die Liebe zum Walde kein künstliches Erzeugnis. Anders als die südlichen Europäer, haben wir zu allen Zeiten in dem Walde einen Kulturfaktor erblickt, und es bereitet uns Kummer, wenn wir hören, daß besonders schöne Wälder reich begüterten Privatpersonen ausgeliefert sind. Glücklicherweise haben viele kleine deutsche Städte aus den Zeiten ihrer Gründung beträchtliche Waldflächen bis in die neueste Zeit hinüber retten können. Wo Licht ist, ist auch Schatten, und die mit der Bevölkerungszunahme sich einstellende stärkere Benutzung der Wälder durch die erholungssuchenden Volksmassen hat vielfache Uebelstände zur Folge gehabt. Wer im Waldgebiet zu tun hat, wird darin übereinstimmen, daß auf keinem anderen Gebiete ein „Ruf an alle“ so dringend notwendig ist, als auf dem des Forstbetriebes.

## Naturschäden.

Die Elemente lassen das Gebild von Menschenhand — aber auch das von selbst Gewachsene, das Naturprodukt — in dem Wasser, Feuer, Frost, Wind, Dürre, fast schlagartig preisgeben. Wir alle haben wohl schon aus Wanderungen oder beim Ferienaufenthalt die Verwüstungen kennengelernt, die diese Elemente dem Walde zufügen. Sumpf und Moorgebiete entstehen, wo langandauernde Überschwemmungen das Land unter Wasser hielten, gewaltige Kahlflecken zeigen an, wie Feuer alte und junge Stämme verzehrte und zerstörte Schönungen sprachen von Beschädigungen durch Schneeebruch, durch Trockenheit, oder Spätfröste im Frühjahr, wenn die jungen Triebe im üppigen Grün stehen.

Dah diesen Elementarschäden gegenüber die menschliche Weisheit meist verjagt, ist begreiflich. Um die Folgen solcher abnormer Wettererscheinungen abzuwehren, bedarf es meist großzügiger technischer Anlagen, wie Bau von Staubecken, Regulierung der Flüsse, Anlage von Bewässerungssystemen, meist Dinge, deren Notwendigkeit sich erst dann herausstellt, wenn das „Kind in den Brunnen gefallen ist“.

Hinsichtlich der Betämpfung der Schäden durch Feuer, dessen

Ursache oft auch Funkensprühen der Lokomotiven ist, hat man die Einrichtung von Waldfeuerwehren vorgeschlagen und solche teilweise eingeführt. Sicherlich wird eine geübte Mannschick gerade in der je nach den besonderen Verhältnissen wechselnden Art der Dämpfung des Feuers bessere Resultate aufweisen, als nicht geschulte Freiwillige oder von fernher gebrachtes Militär.

## Tierische Feinde des Waldes.

In engem Zusammenhang mit den Verheerungen durch Naturgewalten stehen die Schäden, die die tierischen Feinde des Waldes verursachen. Welchen Umfang sie annehmen können, möge ein Beispiel aus neuester Zeit zeigen. Vor wenigen Jahren sind die ostdeutschen Kiefernwälder, besonders in der Neumark, von einem Raupentrost betroffen, wie ihn die Geschichte der deutschen Wälder bisher noch nicht kannte. Allein in den preussischen Staatsforsten bezählten mehr als 30 000 Hektar Kahlflächen die Verheerungen des Fraßes der Forstentraupe. Damit ist der große Schadenumfang gekennzeichnet, den die tierischen Schädlinge dem Walde verursachen. Kennen wir bloß die große Kiefernraupe, Kiefernspanner, Forstschnecke, Blattwespe, Kiefernschwärmer, so weiß jeder einigermassen Naturkundige, daß es unmöglich ist, dieser Plage Herr zu werden, wenn der Waldschaden bereits einen gewissen Umfang angenommen hat. Der menschliche Geist hat sich die neuesten Erfindungen nutzbar gemacht: mit Stenoanordnungen zur Schädlingsbetämpfung ausgerüstete Flugzeuge und Rotorverdrücker sind dankenswerte Produkte der Technik. Aber Vorbeugen ist das bessere und da müssen wir der tierischen Feinde des Waldes gedenken, der Vögel vor allem. Gerade der letzte strenge Winter legte jedem denkenden Menschen die Pflicht auf, selbst von seinem eigenen Brode noch einige Brotkrumen den zu Hause gebliebenen Vögeln zuzutragen zu lassen, von denen übrigens die hübsch aussehende und alles freilebende Meise der größte Wohltäter für den Wald ist. Auch die Raubvögel sind als Räuber der wertvollen Raupen, auch soll man Fledermäusen nicht nachstellen, und selbst die Ameisen verdienen den Schutz des Menschen. Daß durch technische Mittel, die zweckentsprechende Eingatterung ganzer Forstgebiete, sowie Sicherung einzelner besonders wertvoller Bäume durch Drahtspannung dem Wilderbiß vorbeugt werden sollte, liegt auf der Hand. Endlich kann die richtige Wahl von Bäumen gegen die Vernichtung des Waldes durch tierische Schädlinge anleiten; die glatte Traubeneiche ist z. B. besser als die Stieleiche, da das Ungeziefer die horkigen Nester bevorzugt.

Paul Dobert-Zossen.

# Vulkantatastrophy in Mittelamerika.

Bereits über 20 Tote.

New York, 4. November.

Die Associated Press aus Guatemala berichtet, sind durch die Eruption des 70 Meilen westlich von Guatemala liegenden Vulkans Santa Maria zwanzig Personen ums Leben gekommen. Auch der Sachschaden ist groß. Im Laufe des heutigen Tages sind noch mehrere kleinere Eruptionen eingetreten.

# Der neue Weg zum Spittelmarkt.

Durchbruch Lindenstraße.

Nachdem der Magistrat in seiner Sitzung vom 23. Oktober den Durchbruch der Lindenstraße nach dem Spittelmarkt nunmehr endgültig genehmigt hat, wird das Bezirksamt Mitte im Laufe der nächsten Woche mit dem Abbruch der Häuser Beuthstraße 14, 15, 16 und Kommandantenstraße 82 beginnen. Das Haus Kommandantenstraße 80/81 (in dem sich zurzeit die A.B.G. befindet) wird, sobald die Möglichkeit besteht, das Haus zu räumen, ebenfalls abgebrochen werden. Man rechnet, daß die Abbrucharbeiten ungefähr drei Monate dauern werden. Dann soll mit der provisorischen Pflasterung der neuen Straße begonnen werden.

# Zur Unterschlagung bei der russischen Handelsvertretung.

Zu der Unterschlagung bei der Russischen Handelsvertretung erfahren wir noch, daß die Gesellschaft den früheren Leiter der Kinoabteilung, Edmund Cörer, des Betruges beschuldigt. Ihm und seinem Untergebenen, einem gewissen Konin, wird zum Vorwurf gemacht, die Gesellschaft um 1000 Dollar betrogen zu haben. Es handelt sich um den Kauf des Films „Nuri, der Elefant“. Cörer und Konin gaben, als der Film zuerst angeboten wurde, ein ungünstiges Urteil ab, erwarben dann den Film für 1000 Dollar durch einen Agenten und verkauften ihn wieder an die Handelsvertretung für das Doppelte, für 2000 Dollar.

Die beiden Beschuldigten wurden auf die Anzeile hin von der Dienststelle F. 4 der Kriminalpolizei vernommen und dann entlassen. Sie sind im August resp. September aus der Handelsvertretung bereits ausgeschieden. Das Material ist der Staatsanwaltschaft zur weiteren Veranlassung zugeteilt worden.

# Bier Spitzenpaare!

Krüger—Zunda führen.

Auch in der vierten Nacht wies die Halle wieder guten Besuch auf. Im Stand des Rennens hatte sich nach den beiden Nachmittagswertungen nichts geändert! Gossens-Deneef, Dorn-Maczinski und Hürtgen-Riethe bildeten noch wie vor die Spitzengruppe! Bis zum Beginn der

10-Uhr-Abendwertung

wurde nicht ein einziger Vorstoß unternommen. Nach 72 Stunden sind insgesamt 1800,110 Kilometer zurückgelegt. Stundenergebnis 29,710 Kilometer. Im dritten Spurt stürzten in der Auslaufkurve Gossens und Dorn und in der Zielkurve Wolke. Es scheint so, als sollte auf dieser Bahn die Austragung eines Spurts ohne Sturz nur schwer möglich sein. Das Rennen wurde für kurze Zeit neutralisiert. Nach etwa 10 Minuten waren alle Fahrer wieder auf der Bahn. Nur die Wolke fehlten. Im siebenten Spurt ging Krüger mit kühnem Antritt davon. Nach kurzem Kampf konnte dann auch die Mannschaft Krüger-Zunda das Feld überrunden, also zur Spitze aufrücken und hier, da sie die meisten Punkte hatten, die Führung übernehmen. Ein Vorstoß Dorn-Maczinski im neuen Spurt, der anfangs Erfolg zu versprechen schien, verpuffte.

Ohne viel Aufregung gewannen nach 11 Uhr die Mannschaften Tonani-Regrini, Bouters-Bermandel und Lehmann-Bissel je eine Runde zurück. Der Stand des Rennens ist somit folgender:

Spitze: Krüger-Zunda 200; Gossens-Deneef 103; Dorn-Maczinski 53; Hürtgen-Riethe 38 Punkte. 1 Runde zurück: Petri-Lieg 155 Punkte. 2 Runden zurück: Schner-Kroschel 77, Bouters-Bermandel 46 Punkte. 3 Runden zurück: Louet-Molon 115 Punkte. 4 Runden zurück: Gebrüder Wolke 87; Ronthen-Schön 56, Lehmann-Bissel 47 Punkte. 5 Runden zurück: Tonani-Regrini 64 Punkte. Nach 73 Stunden (11 Uhr) hat das Feld 1 839,730 Kilometer bewältigt.

Länder- und Städtewappen aller Erdteile in Gold- und Silberdruck. Die FREUDE des KURMARK-RAUCHERS



Ich tue kund und zu wissen, was vom positiven Genuss des Rauchens



# Der geistige Arbeiter:

So schafft den positiven Genuss

Wenn ich in meiner Studierstube sitze und über die großen Geistes- und Menschheitsprobleme nachsinne, dann finde ich höchste Konzentrierung meiner Gedanken im Rauchen von Cigaretten ausgeglichener Geschmackswirkung.

**KURMARK**

Die Cigarette der neuen Epoche!

Als Repräsentationspackung für Geschenke und Feste, im Rauch- und Schreibstisch fordern Sie KURMARK-PRIVATPACKUNG. (ohne Preisauflage)







## Henry Mellien: Die Juwelengräber

Bei den letzten Kämpfen in Nordchina haben die Soldaten die Gräber der Mandchu-Kaiser in der Nähe von Peking geplündert. Der Wächter der Gräber, selbst ein Mandchu, Pulin, ließ alles im Stich und flüchtete nach Doling. Ungeheure Schätze waren im Lauf der Jahrhunderte mit den toten Herrschern, ihren Frauen und Nebenfrauen aufgehäuft worden. Nun vermeldet ein bisher unbekannter Li Ping-chou, dessen Großonkel Li Lien-king, der Lieblingsemann der alten Buddha, der Kaiserwitwe Tze Hsi gewesen war, daß sich in ihrem Sarge allein Juwelen in einem Werte von niedrig gerechnet 50 Millionen Taels befunden hätten.

Li Ping-chou hatte am Kaiserhofe innerhalb der Mauern der verbotenen Stadt mehr Macht als irgendein anderer im ganzen Reich. Die Vizetöner der Provinzen, die Zensoren, die Kabinettsminister . . . alle mußten sie zu dem alten häßlichen Eunuchen mit dem fäuligen Gesicht und der Kinderstimme gehen, wenn sie etwas durchsetzen wollten. Er führte sorgfältig Tagebuch über alle Vorkommnisse, und als seine Herrscherin zu Grabe getragen wurde, verzeichnet er genau jeden einzelnen Schmuck, den sie mit auf die Reise in die Unterwelt erhielt, und fügte eine Bewertung hinzu. Wenige verstanden sich so auf Juwelen und ihren Preis wie der Lieblingsemann. Sein eigenes Vermögen, aus Bestechungen herkommend, war fürstlich. Li Ping-chou veröffentlicht jetzt im „Chao Bao“, einer chinesischen Zeitung Peking, den Abschnitt aus dem Tagebuch des Großonkels, der von der Beerdigung der alten Buddha handelt. Sie starb vor genau zwanzig Jahren.

Der Lieblingsemann erzählt, daß Tze Hsi auf eine Matratze aus Golddraht mit eingewebten Perlen, sieben Zoll dick, gelegt wurde. Ueber das Seidenlaken wurde eine Schicht Perlen gestreut, insgesamt 2400, jede einzelne fehlerfrei und ganz rund. Ihr Haupt ruhte auf Lotusblättern aus grünem Jade, ihre Füße auf einer Lotusblume, die aus einem märchenhaft großen Smaragd geschnitten war. Sie war buchstäblich in gepoltes Gold und Perlen gekleidet, und eine Perlenkette umschloß sie neunmal um ihren Körper. Auf ihren Armen lagen achtzehn Perlen-Buddhas und an jeder Seite ihrer Füße waren Schmuckstücke angebracht in Form von Pfirsichen, Birnen, Apfelsinen, Datteln, sowie zwei Zuckermelonen mit Fleisch aus gelbem Jade und zwei Wassermelonen mit Schale aus grünem Jade, Fleisch aus rotem Jade und Kernen aus weißem Jade. Diese Wassermelonen wurden von Li Ping-chou als die wertvollsten unter allen Kostbarkeiten der Kaiserin betrachtet. Der Eunuch schätzte sie auf mehr als auf 2 Millionen Taels, und man glaubt, daß es den Grabräubern gelungen ist, sie aus China hinauszuschmuggeln: sie sollen bereits nach Japan gebracht worden sein, um von dort aus auf den internationalen Markt geworfen zu werden. An Tze Hsis linker Hüfte lag ein Schmuck in Form einer Lotuswurzel mit Erdklumpen daran: die Wurzel trug Blüten und Blätter und alles war in verschiedenfarbigem Jade verarbeitet. An Tze Hsis rechter Hüfte lag ein Korallenbaum mit roten Ärschen und einem kleinen Kolibri aus schimmernden Edelsteinen auf einem Zweige. Es gab da auch zwei

Korallenköpfe aus Jade und in den Herzblättern lagen Brillen und Wespen aus gelbem Diamant. Achtundvierzig kleine Buddhafiguren waren aus einem milchartigen Jade geschnitten, hatten aber alle gelbe Schuhe. Prinzen, Palastdamen und hohe Würdenträger am Mandchuhofe entleerten ihre Juwelenschreine in den offenen Sarg. Mehrere tausend loser Saphire ließ man über die Tote rieseln, und noch im letzten Augenblick, als man den innersten Deckel auflegen wollte, kam eine Mandchuprinzessin und legte eine Kette aus acht galoppierenden Pferden auf den Leichnam.

All diese Schätze sind also nun zerstreut. Eine Untersuchung ist eingeleitet, und man richtet seine Aufmerksamkeit besonders auf die Antiquitätenhändler, die ihre Kunden in den mondänen Hotels von Peking suchen. Es wird behauptet, daß nicht nur gemeine Soldaten, sondern auch hochstehende Beamte an der Plünderung der Mandchugräber beteiligt gewesen seien, und Chinesen in den nördlichen Provinzen werden, wenn sie einander begegnen, einen hastigen Blick auf die Hände des anderen. Sind die Handflächen schwarz, so verraten sie, daß der Betreffende an einer Leichenräuberei beteiligt gewesen ist! Man spricht in China von der „Bande der schwarzen Hände“ . . . darunter versteht man die Leichenräuber, und ihrer sind viele, denn die Toten schwachen nicht, und es ist ein erhebliches kleineres Risiko mit dieser Branche des Verbrechergewerbes verbunden, als mit verschiedenen anderen, die lebendige Menschen zum Gegenstande haben. Selbst Leute von ganz durchschnittlichem Wohlstand nehmen oft Schmuck im Wert von etwa zehntausend Taels mit sich in das Grab. Das sehen die Auis, die zum Ankleiden der Leiche gemietet werden, und die Versuchung, sie des Raubs wieder zu entkleiden, ist unbezwinglich. Ein paar Handarbeiter waren einmal im Begriff, die Leiche eines reichen Chinesen zu entkleiden, als plötzlich der Bliß niederstregte und einem von ihnen die Hände verbrannte. Nur er empfand Schmerz, doch als der Tag anbrach, zeigte sich, daß sie alle schwarze Handflächen bekommen hatten, und seitdem sind die Leichenräuber unerkennbarerweise mit schwarzer Haut auf der Innenseite der Hände gezeichnet. Man sucht eine praktische Erklärung, und ein durchtriebener Sachmann machte geltend, daß der Tote selbstverständlich die Glieder um Hilfe anzufragen habe. Das Klang sehr wahrscheinlich, und nun nehmen die Leute, die auf Leichenraub ausgehen, immer eine große, lockere Semmel mit sich. Sobald sie den Sargdeckel abgenommen haben, stecken sie dem Toten die Semmel in den Mund, um ihn daran zu hindern, die Glieder anzufragen.

Es sind in den Gräbern der chinesischen Herrscher immer noch Schätze verborgen, die — wenn sie ans Tageslicht gebracht und veräußert würden — sämtliche Kosten des Weltkrieges bezahlen könnten. Wenn in den Särgen der jetzt geplünderten Mandchukaiser waren genug Juwelen, um mit Leichtigkeit Chinas Schulden an das Ausland zu decken. Die Juwelen sind fort, viele davon vielleicht in den Händen von Leuten, die keine Ahnung von ihrem Wert haben, und in ihrem leeren Sargtopf liegt die alte Buddha, stumm, mit einer Semmel im Munde.

(Aus dem Chinesischen Übersetzt von A. N. G.)

## Karl Reber: Das Ende der Pariser Straßensänger

Vor hundert Jahren schrieb Heinrich Heine: „Ohne die Straßensänger wäre Paris nicht Paris.“ Was wird also jetzt mit Paris geschehen? Das Polizeipräsidium hat den Verkauf von Liedern auf öffentlichen Straßen und Plätzen verboten. Angeblich wird durch das Stehenbleiben der Zuhörer der Verkehr gestört. Und so muß eine der schönsten und ältesten Traditionen von Paris, die noch von den Troubadours her stammt, dem modernen Verkehr Platz machen.

Man darf die Straßensänger nicht mit den Hofmusikanten verwechseln, die es in jedem Land gibt. Der Hofmusiker spielt irgend ein altes oder neues Lied und geht dann abjammeln. Der Straßensänger arbeitete ganz anders. Kaum hat irgend ein Lied oder Couplet auf den Boulevardsbühnen Erfolg gehabt, bemächtigen sich seiner die Straßensänger. Manche unter ihnen haben ein außerordentliches Talent, den Weibchen einen populären, oft auf aktuelle politische Ereignisse anspielenden Text unterzulegen. Das so neu hergerichtete Lied ließen sie auf eigene Kosten drucken und sangen es auf belebten Straßen und Plätzen, um die Zeit, wenn Medaillen, Arbeiter und Angestellte aus den Werkstätten, Geschäften und Bureaus strömten und sich der größte Verkehr abspielte. Die Pariser sind stets zum Gassen und Herumsehen geneigt und rasch bildete sich ein Kreis um den Sänger, der das Lied einigemal hintereinander sang und spielte. Dann verteilte er den Text und forderte die Zuhörer auf, mitzusingen. Zum Schluß tauschten natürlich alle das Blatt und bald sang ganz Paris den gleichen Refrain, bis wieder etwas Neues auftauchte.

Vor dem Krieg nährte das Gewerbe des Straßensängers reichlich seinen Mann. Er verkaufte jedes Lied für 10 Centimes. Das Drucken kostete ihn 15 bis 20 Franken pro Tausend. Die Straßensänger hatten ihren „Generallied“ in einem kleinen Birtshaus in der Rue Notre Dame de Nazareth. Dort versammelten sie sich regelmäßig, hielten ihre Besprechungen ab und teilten Paris in Sektoren auf, um sich nicht gegenseitig ins Gehege zu kommen.

Doch schon vor ihrer endgültigen Abschaffung erlitten die Straßensänger einen schweren Schlag. Die Musikverleger beschloßen eines Tages, die von Straßenmusikanten gedichteten Texte nicht mehr zu verlegen. Die Sänger waren also gezwungen, ihr Material beim Verleger teuer zu kaufen, und dementsprechend auch wieder teuer zu verkaufen, zu einem Preis, den ihr übliches Publikum nicht zahlen konnte. Die Zahl der Straßensänger nahm ab, und die Verleger sahen ein, daß sie nicht das erreichten hatten, was sie eigentlich wollten. Da versuchten sie, billige Lieder durch Kopierarbeit auf den Straßen zu vertreiben. Doch das Pariser Volk ist konservativ und kaufte diese „stummen“ Lieder nicht. Schließlich fand man die wahren Straßensänger nur vereinzelt vor, hauptsächlich auf Volksfesten und auf den Märkten der Pariser Vororte.

Doch gab es unter den Straßensängern einige, die mit Leib und Seele an ihrem Beruf und an ihrem Publikum hingen und sich dem Geheiß der Verleger nicht unterwerfen wollten. Da die Verleger nicht mehr erlaubten, daß man auf ihre Musik einen neuen Text mache, beschloßen die treuen Sänger, sich ihre Musik auch selbst

zu machen. In zwei winzigen Caféhäusern der Rue Vert-Bois, in der Rue Bolla und im „Petit chez soi“ versammelten sie sich. Der Besitzer der beiden Lokale und Meister dieses sonderbaren „Konferenztorsiums“ war ein alter Luvergnate. Ihm spielten die Musikanten jeden Abend ihre „Werke“ vor, und er bestimmte, was gut und was schlecht sei. „Ich kenne den Geschmack des Publikums und irre mich nie“, pflegte er zu sagen. Geziel ihm ein Lied, ließ er es sofort drucken, verteilte es an seine Truppen, die damit in Paris, in den Provinzstädten und sogar in Belgien herumzogen.

Manche Typen unter den Straßensängern sind charakteristische Gestalten von Paris geworden und man erzählt sich von ihnen die sonderbarsten Geschichten. So ist der kleine bucklige Sänger Zogardere im Volk bekannt, der durch seine „Zusammenstöche“ mit der Polizei populär geworden ist. Fast täglich spielte sich die gleiche Szene ab: Wegen irgend eines geringfügigen Vergehens schritt ein Polizist auf ihn zu. Zogardere schlüpfte sofort hinter seine riesige Gitarre, die ihn ganz verdeckte. Doch sah er, daß es kein Feind ernst meinte, schwenkte er drohend sein Instrument und schrie: „Komm mir nicht zu nahe, sonst geschieht ein Unglück!“ Doch der Polizist pflegte kurzen Prozeß zu machen, nahm den Zwerg einfach unter den Arm und schleppte ihn so, unter dem Geheiß der Menge, auf die nächste Wache.

Eine andere bekannte Gestalt unter den Straßensängern war Philogène, berühmt durch seine sonderbaren Einfälle. Er ersand zum Beispiel ein geniales System, sich Geld zu sparen. Am er abends nach Hause, griff er in die Tasche und warf alle Münzen, die er tagsüber verdient hatte, in die Luft und ließ sie auf den Boden fallen. Die Münzen, die in der Mitte des Zimmers liegen blieben, hob er wieder auf, die aber unter die Möbel gerollt waren, ließ er ruhig dort liegen: sie bildeten keine Ersparnisse. Vor er in Gehnot, so begann er seine Stube gründlich auszuföhren. Sogar der Tod von Philogène ging nicht auf normale Weise vor sich. Eines Abends hatte er die Idee, so zu tun wie Jesus Christus, und auf den Hellen zu wandeln. Ruhig stieg er ins Wasser und sank natürlich sofort unter. Zwei Tage nachher wurde seine Leiche aus der Seine gezogen.

So ging allmählich eines der ältesten und poetischsten Gewerbe von Paris zugrunde, bis ihm die Polizei vor einigen Tagen endgültig den Todesstoß versetzt hat.

Bon mem werden jetzt die langeschäftigen Pariser ihre Lieder lernen?

Schwelbende Heilige. In das seltsame Kapitel des religiösen Aberglaubens gehört eine noch im 19. Jahrhundert in Italien verbreitete Vorstellung, daß ein Mensch, der ein Heiliger sei, frei über dem Boden in der Luft schweben könne. 1826 wallfahrte man zu einem Mönch in Albano, den Frauen der ersten Kreuze gesehen haben wollten, wie er in seiner Zelle drei Fuß hoch schwebte und dann verschwand. Von einem Mönch in Monte Case wurde im 16. Jahrhundert das gleiche behauptet, und es wurden ihm die wunderbarsten prophetischen Gaben nachgerühmt.

## Kasse Letterström: Fragen

Manche Leute fragen viel und dumm. Ich selber frage fast nie. Man braucht ja so wenig zu wissen. Und wenn man etwas nicht weiß, dann orientiert man sich darüber, ohne zu fragen. Viele Leute führen aber ihre Unterhaltung durch Fragen. Dieser Gattung antwortete ich stets mit Lügen und Unrichtigkeiten. Teils soll sie bestraft werden, teils will ich mich amüsieren.

Diese sinnlosen, albernen Fragen sind etwa so:  
Ich sitze im Restaurant und esse Mittag. Da kommt jemand, lächelt blöde und fragt:

„Ach, du isst hier Mittag?“

Wenn ich erwidere: „Nein, ich spiele Billard im Stadthotel in Treleborg“ oder sonst was Gutes, dann sagt der Frager nur:

„Du alter Bighold! Hahaha!“

Und wenn ich in irgendeine Provinzstadt komme und einen Bekannten auf dem Marktplatz treffe, dann sagt er:

„Ranu, du bist hier?“

Ich antworte: „Nein, ich bin auf dem Lande bei einer alten Tante.“

„Alter Bighold!“

Vor ein paar Tagen habe ich aber einen Frager gezüchtigt.

Ich komme ruhig dahergewandert. An einer Ecke steht ein Menschenchwarm der mich nichts angeht, denn ich bin nicht neugierig. Ich gehe also vorbei und weiß von nichts, als ein Herr, den ich nicht kenne und den ich nie zuvor gesehen habe, auf mich zukommt, auf den Menschenchwarm zeigt und fragt:

„Was ist denn da los?“

Ich wiederhole nochmals: ich halte den Mann nie gesehen, ich kenne ihn nicht, ich hatte keine Ahnung, wer er war — mit welchem Recht überfiel er mich also mit einer so dummen und blödsinnigen Frage?

Ich blieb mitten auf der Straße stehen, streckte die Arme in die Luft und schrie aus Leibeskräften:

„Schuhmann!!! Schuhmann!!!“

Der Menschenchwarm von der Ecke kam sofort zu mir herüber, und zwei Schuhleute kamen angestürzt, mit gezieltem Gummiknüppel. Man drängte sich um mich herum, und alle fragten:

„Was ist denn los? Was ist denn los?“

„Was los ist? Ich komme hier die Straße entlang und weiß von nichts, als ein fremder Herr, den ich noch nie gesehen habe, der, der hier steht, auf mich zukommt und mich wahrscheinlich beirauben will. Er hat mit einer sinnlosen Idiotenfrage angefangen, aber man weiß ja, wie schlau und gerissen Verbrecher sind. Ich bin überzeugt, daß er mir die Uhr stehlen wollte!“

„Er sieht auch ganz heimlichlich aus!“ sagte jemand in der Menge.

„Mitten am helllichten Tage!“ sagte ein anderer.

„Es ist schon Schlimmeres passiert.“ sagte ein dritter, „aber die Polizei müßte ihn festnehmen.“

„Ja“, sagte ich, „die Zeiten werden immer unsicherer für einen Menschen, der pünktlich seine Steuern bezahlt. Wo soll denn das hin? Ich frage, wo soll das hin? Das einzige, worauf man sich verlassen kann, ist die Sicherheitspolizei, eine aufgestärkte und energiegeladene Sicherheitspolizei.“

Hier schritten die Schuhleute ein. Sie packten den fremden Mann bei den Armen und führten ihn mit Hilfe der Volksmenge unter heftigem Widerstand auf die Wache.

Er wurde trotz hartermüßigen Leugnens wegen Raubversuchs auf offener Straße zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Ich glaube, er wäre glimpflicher davongekommen, wenn er eingestanden hätte.

(Aus dem Schwedischen von Kar Rosenkrantz und Elisabeth Zeisel.)

## Hallo! Ein Mensch!

Am 14. Oktober ging ein kleiner Drohbericht durch die Zeitungen: „Zwischenfall am elektrischen Stuhl: Bei der Hinrichtung des 21jährigen Carl Hord auf dem elektrischen Stuhl des Staatsgefängnisses in Eddölle (Kentucky) ereignete sich ein Zwischenfall. Nachdem man einen Strom von 200 Volt durch den Körper des Verurteilten gelassen hatte, richtete Hord sich auf und sagte ruhig: „Ich bin nicht tot, Jungens!“ R: zwei weiteren elektrischen Ladungen wurde Hord schließlich getötet.“

Am 19. Oktober kam das Telegramm aus Innsbruck: „Halsmann zu vier Jahren schweren Kerkers verurteilt, verschärft durch einen Fasttag-jährlich.“

Am 20. Oktober wurde das Buch „Flammende Tage“ von Karin Michaelis (Carl Reihners Verlag, Dresden) veröffentlicht, das all das enthält, was man empfindet, wenn man diese beiden Telegrammnachrichten begriffen hat: Entsetzen, Verzweiflung, Mitleid, Mut und Willen zum Umsturz, Willen zur Revolutionierung der Geister, Willen, die Herzensträgheit aufzubrechen. Daß es anders werde, daß es besser werde, daß es gut werde.

In diesen „Luffagen zur Gemeinschaft der Geschlechter“ wird alles, was sauer und schief ist, aufgedeckt und zur Anlage gebracht. Die Frauen und Kinder in Polen, in Serbien, in Amerika, eine Wienerin und dänische „Mädchen in Rot“ werden gezeigt. Frau — Ehe — Kind: das Recht jeder Frau auf Mutterschaft und das Recht auf Fruchtverhütung; das Erwachen, das Werden der Kinderseele — alles wird lebendig gemacht. Das steht in Sätzen, die für den Philosophen zu einfach sind, die dem Denken eines schlächten, jedem nahen Menschen entstammen, sehr überzeugende Worte. In dem Teil des Buches, der „Kämpfe und Kämpfer“ heißt, wird von der amerikanischen Justiz, von den Fällen Bertman, Soeco und Banzetti, Mooney gesprochen und von serbischen Gefängnissen, unterirdischen Räumen, durch deren Wände Wasser geleitet wird, das auf die Gefangenen tröpfelt, und von russischen Methoden, „Folter“ zu „bestern“.

Karin Michaelis packt alles fest an. Sie zeigt Unrecht jeder Art und die Kämpfe und die Kämpfer um das Gute. Dieses Buch, das eine so starke Anlage ist, ist das politischste seit langem. Daß da „unter der großen Herde der Menschen ein Wesen ist, das mit leidet“. Daß „eine Seele das Spiegelbild der leidenden, bangen, verarbeiteten Kreatur mit sich schleppt“ — das macht das Buch so einzigartig und wert, neben allem, was von gelehrten Partei-menschen gesagt werden kann.

„Flammende Tage“ — flammender Protest — flammender Wille — Gruß und Handschlag, Karin Michaelis! Gerda Weyl.



# Der Kampf um die Finanzreform.

## Abwehr sozialwirtschaftlicher Reaktion. / Positive Rationalisierung des Systems.

Man weiß, daß im Reichsfinanzministerium an einer umfassenden Finanzreform gearbeitet wird. Ihre Grundidee ist, die Lastenentlastung, die mit der Annahme des Young-Planes zu erwarten ist, mit einem Umbau des Finanzsystems zu verbinden, der der Wirtschaft Erleichterungen bringen und die Kapitalbildung fördern soll. Es ist auch schon eine Reihe anderer Vorschläge zur Finanzreform aufgetaucht, die alle die gleichen Ziele verfolgen. In diesen Ideen steckt ein richtiger Kern. Zunächst muß man — gerade vom Standpunkt des Marxismus aus, der alle gesellschaftlichen Erscheinungen als historisch bedingt ansieht — jedes Finanzsystem in seiner historischen Bedingtheit verstehen. Das Finanzsystem eines Staates kann niemals etwas Endgültiges, Abgeschlossenes sein, sondern muß sich so elastisch wie möglich den wechselnden wirtschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen anpassen. Und wenn man die heutige Lage der deutschen Wirtschaft überblickt, muß man sicherlich die Förderung der Kapitalbildung als ein erstrebenswertes Ziel bezeichnen, damit der schwere Zinsdruck, der auf der Wirtschaft lastet, gemildert wird und damit durch verstärkte Reuanlage von Kapital, sowohl der Privatwirtschaft wie vor allem der öffentlichen Hand, die Arbeitslosen weitmöglichst aufgelöst werden.

Aber bei dieser grundsätzlichen positiven Einstellung zur Finanzreform muß doch vor zweierlei gewarnt werden. Erstens muß festgestellt werden, daß manche der von bürgerlicher Seite aufgestellten Forderungen zur Finanzreform offen oder versteckt,

### bewußt oder unbewußt einen ausgesprochen reaktionären Charakter tragen.

Reaktionär ist die Forderung, die Kapitalbildung durch Senkung der öffentlichen Ausgaben zu fördern, soweit damit auf eine Herabdrückung des Aufwandes der öffentlichen Körperschaften, insbesondere der Kommunen, für soziale Zwecke abgezielt wird. Und reaktionär ist des weitern die Forderung, die Kapitalbildung dadurch zu fördern, daß jeder derartige Druck auf das proletarische Einkommen nicht nur aus sozialen Gründen untragbar ist, sondern auch aus volkswirtschaftlichen Erwägungen. Denn es trifft ja längst nicht mehr zu, daß das Kapital hauptsächlich oder auch nur überwiegend von den oberen Einkommensschichten gebildet wird. Es ist also zum mindesten fraglich, ob eine Verchiebung der Einkommensverhältnisse, die die Durchführung solcher Vorschläge mit sich bringen würde, wirklich zugunsten der Kapitalbildung gehen würde. Darüber hinaus aber ist gegen solche Bestrebungen einzumenden, daß, wenn das Einkommen der arbeitenden Bevölkerung herabgedrückt wird, die Wirtschaft ihrer stärksten Antriebskraft beraubt wird, nämlich einer kaufkräftigen Nachfrage für die Massenkonsumgüter.

### Grenzen neuer Kapitalbildung.

Ein weiteres Bedenken richtet sich gegen die in der Diskussion über die Finanzreform häufig festzustellende Ueberschätzung der Möglichkeiten, unter Aufrechterhaltung der notwendigen Staats- und sozialen Aufgaben die Kapitalbildung auf finanzpolitischem Wege zu fördern. Man könnte sich ja vorstellen, daß durch schärfste Einschränkung des Verbrauchs — des öffentlichen sowohl wie des privaten — eine stärkere Kapitalbildung erzwungen werden könnte. Aber wenn man wie wir diese Bestrebungen aus den oben erwähnten Gründen als sozial untragbar und volkswirtschaftlich verfehlt ablehnt, dann wird man sich vor Vorstellungen hüten müssen, wie sie in der Öffentlichkeit verbreitet werden, als könnte durch eine Finanzreform die Kapitalbildung um einen gewaltigen Betrag über das Maß der natürlichen Steigerung der Kapitalbildung hinaus erhöht werden.

Aber von diesen Vorbehalten abgesehen, die in der Diskussion über die Finanzreform von unserer Seite immer aufs deutlichste ausgesprochen werden müssen, wird man sich der Richtigkeit des Gedankens einer Finanzreform in der gegenwärtigen Situation der deutschen Wirtschaft nicht verschließen können. Wenn heute gewisse bedenkliche Erscheinungen am Kapitalfonds der Wirtschaft gehen — es ist hier in erster Linie an die steuerliche Kapitalflucht zu denken — und wenn die Wirtschaft durch manche Steuern, vor allen Dingen durch die Gewerbesteuern, ungleichmäßig und unrationell belastet wird, dann wird man über einen Umbau des Steuer-systems nachdenken müssen, der hier soweit als möglich Abhilfe schafft. Und man wird dabei sicherlich auch auf das Verhältnis und die Zustimmung der arbeitenden Bevölkerung stoßen, vorausgesetzt natürlich, daß nicht in eine solche Finanzreform eine Verchiebung im Verhältnis zwischen Besitz- und Klassenbelastung zugunsten des Besitzes eingeschmuggelt wird.

### Offene Wege. — Rationalisierung des Finanzsystems.

Andrerseits gibt es eine ganze Reihe von öffentlichen Ausgaben, die ohne Beeinträchtigung der sozialen und kulturellen Aufgaben der öffentlichen Körperschaften gesenkt werden könnten. Man denke nur an die Ausgaben für militärische Zwecke und für den Luftverkehr. Wichtiger als dies erscheint es aber, Wege zu finden, um die steuerliche Belastung der Volkswirtschaft zu mildern, ohne die übrigen öffentlichen Ausgaben senken zu müssen. Es gibt solche Wege und sie sind in der Theorie schon gefunden: Dieses ist überaus erstrebenswertes Ziel kann nur durch eine Rationalisierung des Finanzapparates herbeigeführt werden. Eine wesentliche Rationalisierung und Steigerung der Leistungsfähigkeit der Finanzverwaltung kann durch einen Abbau der Lohnsteuer, vor allem durch eine Erhöhung des steuerfreien Existenzminimums erreicht werden. Sie muß zu diesem Zweck freilich so weit gehen, daß der größte Teil der Lohn- und Gehaltsempfänger Lohnsteuerfrei wird. Allerdings würde sich in diesem Falle, besonders wenn man auch, einer alten Forderung der Sozialdemokratie nachkommend, die unsoziale Zucksteuer aufheben würde, eine gewisse Erhöhung der Genußmittelsteuern nicht ganz vermeiden lassen. Der andere Weg der Rationalisierung ist

### die Reform des Branntweinmonopols und die Einführung des Tabakmonopols.

Die eine Maßnahme müßte zum Ziel haben, die verlustbringenden Verkäufe der Branntweinmonopolverwaltung aus der Welt zu schaffen. Das Tabakmonopol könnte für den Staat durch die Rationalisierung des überflüssigen Tabakhandels zu einer reichen Einnahmequelle werden, ohne daß die steuerliche Belastung des Tabaks erhöht

zu werden brauchte. Die Bedenken des Reichsfinanzministeriums gegenüber diesen Monopolplänen müssen insofern anerkannt werden, als so weitgehende Maßnahmen nicht von einem Tag zum anderen durchgeführt werden können. Aber es müßte sich ein Weg finden lassen, sie so bald als möglich in Angriff zu nehmen und noch in das Programm der Finanzreform einzufügen.

Der finanzpolitische Kampf, der in der nächsten Zeit zu führen sein wird, wird also in zwei Richtungen gehen: einerseits muß er zum Ziel haben, die reaktionären Ansätze, die sich in manchen Vorschlägen zur Finanzreform verbergen, abzuwehren, andererseits aber wird es erforderlich sein, finanzpolitisch Forderungen aufzustellen, von denen eine Förderung der Wirtschaft und damit der Kapitalbildung zu erwarten ist, ohne daß sie der arbeitenden Bevölkerung neue Opfer auferlegen.

A. Braunalh.

## Gorgen der Bergarbeiter.

### Um das polnische Kohlenkontingent.

Die freigewerkschaftlichen Arbeiter- und Angestelltenverbände und der Hirsch-Duncker-Gewerksverein in Waldenburg betonen in einer Entschlüsselung, daß ein polnisches Kohleneinfuhrkontingent von monatlich 350 000 Tonnen rund vier Fünftel des gesamten niederschlesischen Kohlenabgabes ausmache und das schwer notleidende niederschlesische Kohlenrevier am härtesten treffen müsse. Das Kontingent mache den Abbau eines Teiles der Belegschaft unvermeidlich. Die Maßnahme bedeute eine weitere Verschlechterung der ohnehin ungünstigen sozialen Lage der Bergarbeiter.

Die Befürchtungen der Waldenburger Bergarbeiterschaft sind begründet, wenn auch die polnische Kohleneinfuhr auf wichtigen Gebieten keine Konkurrenz für die Waldenburger Kohle bedeutet. So eignet sich die Waldenburger Kohle sehr gut zur Verkokung, die polnische jedoch gar nicht. Aber auch wenn man davon absehen will, muß ein Kontingent von 350 000 Tonnen auf die Abgabegebiete der Waldenburger Kohle drücken. Wir haben deshalb bereits vor Jahren verlangt, daß der Waldenburger Markt die Last des polnischen Kohlenkontingents nicht allein trägt, sie muß auf sämtliche deutschen Märkte verteilt werden. Aus diesem Grunde ist die Uebernahme der polnischen Kohle durch die Syndikate und der Vertrieb durch die Großhandelsfirmen unbedingte Voraussetzung für das Kontingent. Es muß vor allem eine Preisunterbietung durch die polnische Kohle vermieden werden, damit diese keinen Lohndruck in Waldenburg auslöst. Die Forderungen der Gewerkschaften in Waldenburg bewegen sich ja auch nach dieser Richtung. Sie haben z. B. ein Zusammengehen mit den Unternehmern, die das Kohlenkontingent auf jeden Fall verhindern wollen, abgelehnt. Das schließt aber ein, daß die Regierung den Forderungen der Waldenburger Gewerkschaften entgegenkommt.

Es muß auf der anderen Seite berücksichtigt werden, daß die schlesische Industrie am meisten unter dem deutsch-polnischen Zoll- und Wirtschaftskrieg leidet. In Breslau liegen Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit höher als in anderen deutschen Städten. Das gleiche gilt für die schlesische Textilindustrie. Eine ganze Reihe schlesischer Wirtschaftszweige hat unter dem Zollkrieg mit Polen stark gelitten. Dadurch ergab sich auch eine Vertnapung im Absatz der Waldenburger Kohle. In dem Augenblick, wo der Vertrag mit Polen zustande kommt und die Kompzölle gegen die deutsche Industrie-wareneinfuhr liquidiert werden, eröffnen sich für die schlesischen Industrien neue Absatzgebiete in Polen. Dadurch wird man die schwierige Lage der schlesischen Industrie nicht bessern können. Aber man kann sie mildern und eine solche Entwicklung bedeutet auch zusätzlichen Absatz für den Waldenburger Bergbau.

## Unzufriedene Braunkohlenaktionäre.

### Gegen die Gewinnanhäufung bei der Bubiag.

In dem kürzlich besprochenen Gewinnabschluß der Braunkohlen- und Brikettindustrie A. G. (Bubiag), des größten Unternehmens im Sauerländer Revier, hatten wir bereits darauf hingewiesen, daß die 10 Proz. Dividende der Gesellschaft in keinem Verhältnis zu den tatsächlich erzielten Gewinnen steht.

Wie fast alle Braunkohlenunternehmen betreibt die Bubiag eine ausgesprochene Thesaurierungspolitik. Die Wertausbauten der letzten Jahre, die rund 20 Millionen gekostet haben, wurden aus laufenden Betriebsergebnissen bezahlt, die Abschreibungen Jahr für Jahr heraufgesetzt und außerdem noch Rücklagen gemacht. Die Gesellschaft kann aber ihrer Belegschaft „nachweisen“, daß die Dividenden seit 1924, wo bereits 10 Proz. gezahlt wurden, nicht mehr erhöht worden seien.

Die Aktionäre der Gesellschaft, für die eine derartige Politik natürlich nicht sehr erfreulich ist, machten auf der gestrigen Generalversammlung aus ihrem Herzen keine Mördergrube. Man wies darauf hin, daß die Bubiag statt 15 Proz. Dividende hätte zahlen können, und daß es Zeit sei, mit der ständigen Anhäufung der Gewinne endlich Schluß zu machen. Diese Feststellungen im kapitalistischen Lager dürfte die Bubiag-Beflegschaft im Hinblick auf kommende Lohnverhandlungen sehr interessieren.

Für die Verwaltung antwortete Herr Büren, der die Lasten der Gewinnanhäufung natürlich nicht abstreiten konnte. Er versuchte

sie mit der ständig fortschreitenden Mechanisierung und den großen Umstellungskosten zu begründen. Der Hinweis, daß die Werke zur Selbstfinanzierung gezwungen seien, weil es unmöglich sei, im Inlande wie im Ausland Anleihen zu erhalten, kann natürlich kaum ernst genommen werden.

Im laufenden Betriebsjahr hat die Konjunktur unverändert angehalten. Die geförderte Kohle fand glatten Absatz, so daß überhaupt keine Stapelungen vorgenommen wurden. Auf Grund der durchweg sehr guten Betriebslage wird man im ostelbischen wie im mitteldeutschen Braunkohlenbau mindestens die gleich hohen Gewinne wie 1928 auch für das laufende Jahr erwarten können.

## Gerechtigkeit für Konsumvereine.

### Reichsfinanzministerium gegen die Loospieltel.

Das Reichsfinanzministerium hat durch eine Verordnung vom 5. Oktober endlich den niedrigen Loosspielmethoden gemisser privater Händlergruppen, die durch vorgetäuschte Mitgliedereinkäufe den Finanzämtern den Nachweis des Verkaufs auch an Nichtmitglieder bringen wollten, einen Riegel vorgehoben. Nach der Verordnung sollen allgemeine Behauptungen ohne Beweismaterial bei den Finanzämtern unbeachtet bleiben. Den Beamten wird unter Hinweis auf die Strafbarkeit der Verteilung zu unbefugter Warenabgabe die selbständige Vornahme von Ermittlungseinkäufen verboten; steuerliche Erfolge dürfen mit strafbaren Handlungen nicht erzielt werden. Wenn das private Beweismaterial gering ist, hat das Finanzamt erst mit der Genossenschaft in Verbindung zu treten und sie zur Ueferung des Nachweises aufzufordern, daß sie alles Gebotene getan hat, um den Abschluß von unzulässigen Geschäften mit Nichtmitgliedern zu verhindern. Das gilt besonders dann, wenn dritte Personen, die nicht Mitglieder sind, in strafbarer Weise zu den Einkäufen veranlaßt worden sind.

## Eine Reichszentralkasse für Beamtenbanken.

Der Deutsche Beamten-genossenschaftsverband hat den Beschluß gefaßt, eine Reichszentralkasse der Beamtenbanken zu bilden. Die zu bildende Reichszentralkasse soll als Garantie- und Giroverband aller dem Genossenschaftsverband angehörenden Beamtenbanken fungieren. Zu diesem Zweck werden alle bestehenden Zentralkassen verschmolzen. Um für ähnliche Fälle wie jetzt bei der Bank für Deutsche Beamte eine Rücklage zu schaffen, soll durch Erhebung eines je nach der Zahl der Mitglieder gestuften Aufnahmebeitrages ein Garantiefonds gebildet werden.

Die beschlossene Maßnahme ist zweckmäßig; zweckmäßig im Rahmen der nun einmal bestehenden Zustände in der Beamtengehaltswirtschaft. Am nötigsten wäre aber eine Vorkehrung dagegen, daß überhaupt noch eine unkontrollierte Gründung von Beamtenbanken erfolgen kann und daß sich Beamtenbanken einer zuverlässigen Revision, wie im Fall der Bank für Deutsche Beamte, entziehen können.

Berliner Maschinenbauvereinigung. Auf der Ausschlußversammlung der Deutsche Riesen-Werke A. G. in Weihenice wurde beschlossen, der Generalversammlung eine Dividende von 6 Proz. vorzuschlagen. Außerdem soll eine Erhöhung des Aktienkapitals von 1 auf 2,5 Millionen Mark beantragt werden, um die Verschmelzung mit der Reich und Martin A. G. in Reindendorf und der Max Hesse u. Co. Berlin, durchzuführen. Außerdem hat die Deutsche Riesen-Werke A. G. die beiden Chemnitzer Maschinenbauunternehmen Sandermann und Stier, sowie die Wertzeugmaschinenfabrik Oscar Ehrlich vor wenigen Monaten erworben. Die Arbeitsgebiete der fünf Unternehmen sollen im Weiheniceer und Reindendorfer Betrieb zusammengefaßt werden.

Stadt Stettin hilft den Stoewerwerken. Das neue Abkommen der Stadt Stettin mit der Stoewerwerke A. G. ist ein neues Beispiel dafür, wie gern sich die Privatwirtschaft auf die Schultern der vielgelächterten Kommunen stützt, wenn sie selbst nicht mehr ganz lastfest ist. In dem neuen Abkommen übernimmt die Stadt Stettin 500 000 Mark Aktien der Stoewer-Werke und verpflichtet sich im Laufe der nächsten Jahre dem Unternehmen zwei Darlehen bis zu 600 000 Mark zu gewähren. Die Stadtverwaltung hat sich zu dieser Hilfsaktion entschlossen, um den Arbeitsmarkt Stettins durch eventuelle Betriebseinstellung der Stoewer-Werke nicht noch mehr zu belasten. — Der kürzlich bekanntgegebene Abschluß der Stoewer-Werke für das Geschäftsjahr 1928 ließ unzweifelhaft Rationalisierungserfolge erkennen. Trotz der Einstellung des Baues von 4- und 6-Zylinder-Typen und der durchgeführten Umstellung auf die 8-Zylinder-Typen konnte der Umsatz um 25 Proz. erhöht werden.

Die internationale Rohstahlgemeinschaft hat beschlossen, die Produktionsquote mit Wirkung vom 1. Dezember um 10 Proz. einzuschränken, was einer jährlichen Produktionsverringering von 3,2 Millionen Tonnen Stahl entspricht. Diese Herabsetzung der Produktionsquote ist die erste Maßnahme dieser Art seit dem Bestehen des Internationalen Rohstahlarbittels. Die anhaltend gute Konjunktur während der letzten Jahre in Europa und auf dem Weltmarkt hatte bisher eine mehrfache Heraufsetzung der bestehenden Produktionsquoten erforderlich gemacht. Die Ermäßigung erfolgt von 32,29 auf 29,07 Mill. Tonnen.

Siemens u. Halske baut in Georgien. Wie in Bestätigung früherer Nachrichten gemeldet wird, wurde am Mittwoch zwischen dem Volkswirtschaftsrat der Republik Georgien und der Firma Siemens u. Halske ein Vertrag unterzeichnet über den Bau einer Ferro-Rangan-Fabrik in Tschikauri. Eine Gruppe sowjetischer Ingenieure begibt sich nach Deutschland, um dort die Möglichkeiten für den Bau dieser Fabrik zu studieren. Einzelheiten über diesen Vertrag fehlen noch.

Deutschlands Anteil am polnischen Auenhandel betrug in den ersten acht Monaten 1929 auf der Einfuhrseite 26,9 Proz. (gegen 26,6 Proz. im Vorjahr), auf der Ausfuhrseite 30,3 Proz. (gegen 33,6 Proz. im Vorjahr).

**Das Kind muß zu**

**Die Spielwaren-Ausstellungen sind eröffnet!**

Leipziger Strasse: Familie Deckelstein am Weihnachtskauf in Berlin  
Alexandersplatz: Die drei Weisen aus dem Morgenlande  
Frankfurt: in Zabergarten  
Wilmersdorfer Str.: 10 kleine Negeln  
Ecke Alliance-Str.: Der Wundertier  
Kottbuser Dammt: Eine Märchenreise in 5 Akten  
Brunnenstrasse: Die Heisselsteinchen  
Andreasstrasse: Berliner Kindertrödeln

DAS WAHRE KINDESPHILISCHES BILLIG-GUT







# Parteinachrichten für Groß-Berlin

Empfehlungen für diese Rubrik sind  
 O. E. L. M. 68, Lindenstraße 2.  
 Preis an das Bezirkssekretariat  
 L. Hof, 2. Etage rechts, zu richten.

Zur nächsten Stadtverordnetenversammlung sind die  
 Tribünenkarten völlig vergiffen!

5. Kreis Friedrichshagen. Mittwoch, 6. November, 18 1/2 Uhr, Bezirksversammlung im Volksbau, Stadtparkparkplatz, Tribünenkarten ab 18 1/2 Uhr beim Genossen Richter, Cinnana Spandauer Straße.  
 14. Kreis Prenzlauer Berg. Die Abteilungen können sämtliches Material sofort vom Parteibüreau, Pulverstr. 65-66, abholen.  
 18. Kreis Weichen. Mittwoch, 6. November, 18 1/2 Uhr, Parteiversammlung im Rathaus, Zimmer 21.

## Heute, Dienstag, 5. November.

1. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 13. Abt. „Unter dem Stern“ kann vom Genossen Krellen, Pulverstr. 15a, abgeholt werden.  
 54. Abt. Pankow. 20 Uhr über die Bedeutung der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 12. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 35. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 40. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 48. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 50. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 51. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.

## Morgen, Mittwoch, 6. November.

12. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 35. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 40. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 48. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 50. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 51. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.

# Studentinnen! Studenten!

kommt zu unserer öffentlichen Studentenversammlung am Mittwoch, dem 6. November, 20 Uhr, in der Aula des Köllnischen Gymnasiums, Innesselstraße, nahe Untergrundbahnhof Inselbrücke. Es spricht Luitpold Stern, Wien, über das Thema: „Kultur und Klassenkampf“  
 Vereinigung Sozialdemokratischer Studierender

12. Abt. 19 1/2 Uhr im Lokal Schellbach, Thoenstr. 15a, Funktionärsversammlung.  
 13. Abt. 19 1/2 Uhr bei Reinhold Schmidt, Reanstraße Ecke Lindenbäumchen, Funktionärsversammlung.  
 111. Abt. 20 Uhr bei Hermann, Walterstraße Str. 100, Versammlung für Mitglieder und Freunde der SPD. Tagesordnung: Wohnungsfrage, in der Nachkriegszeit. Referent: Stadtverordneter Franz Gutschmidt.  
 138. Abt. 20 Uhr bei Otfried, Berliner Ecke Bahnhofstraße, Funktionärsversammlung und Materialausgabe.  
 141. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 142. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 143. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 144. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 145. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.

## Frauenveranstaltungen.

1. Abt. Mittwoch, 6. November, 19 1/2 Uhr, bei Hübner, Wilsdorf Str. 14, „Sozialpolitik in Berlin“, Referentin Gertrud Eiseler.  
 12. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 35. Abt. 19 1/2 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 40. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 48. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 50. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.  
 51. Abt. 20 Uhr über die wichtige Funktion der Partei bei der Lösung der sozialen Aufgaben.

17. Abt. Lichtenberg. Heute, Dienstag, 5. November, 19 1/2 Uhr, bei Herrn, Türkenstr. 40, Tischtennisabend: Neues Spiel und „Bananen“. Referentin Margarete Darrig.

## Bezirksauschuss für Arbeiterwohlfahrt.

1. Kreis Wedding. Die Sitzung fällt aus wegen öffentlicher Wohnbauversammlung.  
 4. Kreis Prenzlauer Berg. Donnerstag, 7. November, 19 1/2 Uhr, öffentliche Sitzung bei Riese, Pankow Str. 11. Alle Helfer(innen) der Arbeiterwohlfahrt werden gebeten, zu erscheinen.

## Junglokalisten.

Gruppe Tempelhof-Wienandorf. Wie bestellern uns heute, Dienstag, 5. November, an der Demonstration der Partei. Der Heimabend fällt aus.  
 Geburtstage, Jubiläen usw.  
 8. Abt. Bezirk 100: Unserem Genossen Fritz Gales, Schwedter Straße 227, die besten Glückwünsche zu seinem 30-jährigen Jubiläum in der Partei und Gesellschaft.

## Stichtafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

27. Abt. Die Einbürgerung unseres verstorbenen Genossen Schäfer findet nicht am 19. 1/2 Uhr, sondern erst am 17. 1/2 Uhr statt.  
 37. Abt. Charlottenburg. Am Sonnabend, 2. November, verstorben plötzlich unser Genosse und lieber Freund Josef Rode in der, Teichowstr. 18, im Alter eines Dienstjahres. Eine feierliche Einbürgerung am Mittwoch, 6. November, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf. Wie bitten um reze Anteilnahme.  
 128.-130. Abt. Pankow. Am 2. November verstorben im 37. Lebensjahre unser bewährter Genosse Friedrich Galle, Pulverstr. 22. Eine feierliche Einbürgerung Mittwoch, 6. November, 12 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße.

## Theater, Lichtspiele usw.

**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 A.-V. 241  
 19 1/2 Uhr  
**Schöpfung**  
**Salat**  
**Der König**

**Staats-Oper**  
 Am P.-A. Republik  
 Vorstr. 77  
 19 1/2 Uhr  
**Hoffmanns**  
**Erzählungen**

**Staats-Oper**  
 Unter d. Linden  
 A.-V. 241  
 19 1/2 Uhr  
**Schöpfung**  
**Salat**  
**Der König**

**Staats-Oper**  
 Am P.-A. Republik  
 Vorstr. 77  
 19 1/2 Uhr  
**Hoffmanns**  
**Erzählungen**

**Volksbühne**  
 Theater am Bülowplatz  
 8 Uhr  
**Frühlings**  
**Erwachen**

**Staatl. Schiller-Th.**  
 8 Uhr  
**Des Kaisers**  
**Soldaten**

**Staatsooper am Platz**  
 der Republik  
 7 1/2 Uhr  
**Hoffmanns**  
**Erzählungen**

**Theater am**  
 Schützenbaum  
 8 1/2 Uhr  
**Pennäler**

**SOLO**  
 Tägl. 2 Vorstell.  
 5 und 8 1/2 Uhr  
 Barbarossa 8258  
 Printz- & H. Wodnars: 5 u. 8 30 Pf. - 3 M.  
**Geraldine u. Joe, Etté, Power usw.**

**DAVA**  
 Tägl. 5 u. 8 1/2  
 Sonntag 2, 5 u. 8  
 Alex. E. 4. 80666  
**INTERNAT. VARIETE**

**Grosses Schauspielhaus 8 Uhr:**  
**3 Missetiere**

**REGIE: CHARELL**

3 Sonntag nachm. ungek. halbe Pr.

**Barnowsky-Bühnen**  
 Theater in der  
 Königsplatz Straße  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Die erste**  
**Mrs. Selby**  
 mit  
**Fritzi Massary**

**Komödienhaus**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Der**  
**Hühnerhof**  
 v. Tristan Bernard

# Heute zu Tiers:

## Billige und gute Lebensmittel einkaufen

**Gemüse u. Obst**  
 Kochbirnen ..... Pfd. 10 Pf.  
 Ess- u. Kochäpfel ..... Pfd. 45 Pf.  
 Boskop Renetten ..... Pfd. 18 Pf.  
 Pastorenbirnen ..... Pfd. 15 Pf.  
 Möhren gewaschen ..... Pfd. 5 Pf.  
 Rote Rüben ..... 2 Pfd. 20 Pf.  
 Grünkohl ..... 2 Pfd. 15 Pf.  
 Spinat ..... Pfd. 12 Pf.

**Konserven**  
 Gemüseerbsen ..... 50 Pf.  
 Junge Breh- ..... 57 Pf.  
 Berliner Allerlei ..... 85 Pf.  
 Pflaumen mit Saft ..... 62 Pf.

**Wurstwaren**  
 Dampfwurst ..... Pfd. 95 Pf.  
 Landleberwurst ..... Pfd. 95 Pf.  
 Filetwurst ..... Pfd. 1,75  
 Zerklebt od. Solami Pfd. 1,65  
 Fleischwurst ..... Pfd. 1,15  
 Jagdwurst ..... Pfd. 1,15

**Käse und Fette**  
 Harzer Käse ..... Pfd. 40 Pf.  
 Allg. Stangenkäse ..... Pfd. 60 Pf.  
 Dän. Schweizer 80% ..... Pfd. 95 Pf.  
 Bayer. Schweizer ..... Pfd. 1,45  
 Molkerbutter ..... Pfd. 1,75  
 Grasbutter ..... Pfd. 1,95

**Kolonialwaren**  
 Viktoria-Erbsensauce ..... Pfd. 55 Pf.  
 Erbsen geschält ..... Pfd. 55 Pf.  
 Weiße Bohnen ..... Pfd. 58 Pf.  
 Gebr. Kaffee ..... Pfd. 1,70

**Räucherwaren**  
 Döcklinge ..... Pfd. 42 Pf.  
 Flandern geräuchert ..... Pfd. 40 Pf.  
 Grüne Heringe ..... 3 Pfd. 65 Pf.  
 Port. Oelsardinen 4 Dos. 95 Pf.

**Geflügel**  
 Dirkhühner ..... Pfd. 1,50  
 Rebhühnerauslauf ..... Pfd. 1,05  
 Suppenhühner ..... Pfd. 95 Pf.  
 Gänsestückenfleisch ..... Pfd. 1,15

**Frisches Fleisch**  
 Bratwurst ..... Pfd. 1,16  
 Suppenfleisch ..... Pfd. von 88 Pf.  
 Kassler mit Speck ..... Pfd. von 1,28 an  
 Schmorfleisch ..... Pfd. 1,28  
 Schweinebauch ..... Pfd. 1,26  
 Schweinekamm oder -schale, ohne Beilage ..... Pfd. 1,38  
 Hammelvorderfl. ..... Pfd. von 1,08 an  
 Eisbein mit Speck, Pfd. 88 Pf.

**Getierfleisch**  
 Suppenfleisch ..... Pfd. von 68 Pf.  
 Hammelvorderfl. ..... Pfd. 86 Pf.  
 Rinderlunge frisch ..... Pfd. 48 Pf.  
 Euterfleisch ..... Pfd. 34 Pf.

**Ausserdem:**

# WOHLFEILE WOCHE

Wir bringen in dieser Woche wohlfelle Waren aus fast allen Abteilungen, die sich durch ihre Preiswürdigkeit schon jetzt zum Einkauf für das Weihnachtsfest ganz besonders eignen.

**ROSE**  
**-THEATER** Gr. Frankfurter  
 Straße 132  
 Billettkasse: Alexander 3422

Täglich 8 1/2 Uhr  
 (Sonntags 8 1/2 und 9 Uhr)  
**Die leichte**  
**Isabell**  
 Jeden Mittwoch 5 Uhr:  
**Das tapfere Schneiderlein**  
 Jeden Sonnabend 5 Uhr  
 u. jeden Sonntag 2 1/2 Uhr:  
**Frau Holle**

**Winter**  
**Garten**

8 Uhr - Zentr. 2910 - Reichen erstr.  
**Josef Bels, Jovin Sisters etc.**

**CASINO-THEATER**  
 Lohringstr. 57.

**Neu!** Täglich 8 1/2 Uhr **Neu!**  
**Vertagte Hochzeitsnacht!**  
 und ein erstklassiger bunter Teil.  
 Für unsere Leser:  
 Gutscheine für 1-4 Personen  
 Paletti nur 1,25 M., Sessel 1,75 M.,  
 Sonstige Preise: Parkett u. Rang 0,80 M.

**Renaissance - Theater**  
 8 1/2 Uhr  
**STEMPELBRÜDER**  
 Von Duschinsky. Regie: Gust. Hartung.

**Reichshallen-Theater**  
 Abends 8 Sonntag nachm. 3  
 Des Andrages wegen prolongiert:  
**„Bei de Steffiner“**  
 Ulk-Revue.  
 Nachmittags halbe Preise,  
 volles Programm!  
 Billetbest. Zentrum 112 63.  
**Oehoff-Brettis**  
 Familien-Varieté - Konzert - Tanz.

**Kleines Theat.**  
 Merkur 1624  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Max Adalbert**  
 als  
**Nante**  
 am Flügel  
 Rudolf Nelson

**Lessing - Theater**  
 Norden 10846  
**Gruppe junger**  
**Schauspieler**  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Cyankall**  
 § 218  
 von Friedrich Wolf

**Planetarium**  
 am Zoo  
 (Tages. 12 Uhr bis 18 Uhr)  
 B. S. Barbarossa 557  
 16 1/2 Uhr Herbst-  
 abend am Stern-  
 nimm!  
 18 1/2 Uhr Herbst-  
 abend am Stern-  
 nimm!  
 20 1/2 Uhr 80 u. 80 die  
 Grenzen der Welt  
 Eintritt 1 Mark,  
 Kinder 50 Pf.  
 Mitwochs halbe  
 Kassenpreise.

**Trianon-Th.** Merkur  
 2391  
 8 1/2 Uhr  
**Elisabeth Strickrodt**  
 in  
**„Die Ballerina**  
**des Königs“**

**Deutsches Theater**  
 D. L. Norden 12310  
 8 1/2 Uhr  
**Der Kaiser**  
**v. Amerika**  
 von Bernard Shaw  
 Reg.: Max Reinhardt

**Kammerspiele**  
 D. L. Norden 12310  
 8 1/2 Uhr  
**Unwiderstehliche**  
 Komödie von  
 Géraldy und Spitzer  
 Regie:  
 Gustaf Gründgens

**Die Komödie**  
 11 Bismck. 2414/7516  
 8 Uhr  
 Letzte Vorstellungen!  
**Kolportage**  
 Komödie  
 von Georg Kaiser  
 Regie: Erich Engel

**Zentral-**  
**Theater**  
 Alte Jakobstr. 32  
 (Gastspiel d. Th. d.  
 Westens)  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
 Stg. 4 u. 8 1/2 Uhr  
**Friederike**  
 Der Weltakt  
 von Franz Lehár

Am 4. November entschlief plötzlich und unerwartet mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Großvater  
**Otto Schein**  
 im 68. Lebensjahr. In tiefer Trauer  
 Beria Schein, geb. Sest  
 nebst Kindern und Enkel.  
 Berlin O 34, Löwenstraße 18. III.  
 Die Trauerfeier findet am Donnerstag, dem 7. November, mittags 12 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß unser lieber Bruder und Schwager, der Steinmetz  
**Franz Platz**  
 nach kurzem, schwerem Krankenlager im Alter von 84 Jahren verschieden ist. Dies zeigen an  
**Bruno Platz und Frau**  
**Margarete, geb. Hentschel**  
**Fritz Hering und Frau**  
**Meta, geb. Platz.**  
 Bln.-Lichtenberg, Boxhagener Straße - Leipzig.  
 Die Beerdigung findet am Freitag, dem 8. November 1923, 19 1/2 Uhr, von der Kapelle des Zentralfriedhofes Friedrichstraße, aus statt

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
 Verwaltungsstelle Berlin

**Todesanzeigen,**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Bolzer  
**Otto Przybelski**  
 geb. 26. Febr. 1888, am 1. November gestorben ist.  
 Die Einbürgerung findet Mittwoch, den 7. November, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Gedächtnisstraße statt.  
 Am 8. November starb unser Kollege, der Schmied  
**Hermann Mallnowski**  
 geb. 9. September 1869.  
 Die Beerdigung findet Donnerstag, den 7. November, 14 Uhr, auf dem hiesigen Friedhof in Reinickendorf, Gumboldtstraße, statt.  
 Ehre Ihrem Andenken!  
 Regte Beteiligung erachtet  
**Die Ortsverwaltung.**

Die Einbürgerung meiner lieben Frau  
**Ida Stegemann**  
 findet am Donnerstag, dem 7. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf statt.  
**Otto Stegemann.**  
 Ratsräber, Hefenauswahl, Entlopfpreise, auch Beauftragter, Wollschraube, Hefe, Schaber, Reinhold Reich, Schönhauser Allee 40. Der weiteste Weg führt zum Erfolg!

**Arbeiter, Angestellte u. Beamte**

sollen sich nach den Beschlüssen des Gewerkschaftskongresses, der Gewerkschaftstage, des Allgemeinen freien Angestelltenbundes und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes nur versichern bei dem eigenen Unternehmen, der

**Volksfürsorge**

**Gewerkschaftlich-Genossenschaftl. Versicherungs- Aktiengesellschaft**

Auskunft erteilen bzw. Material verwenden kostenlos die Rechnungsstelle Berlin, Ritterstraße 126, oder der Vorstand der Volksfürsorge in Hamburg 5, An der Alster 58/59.

Berthold Bodeutsch, Mariendorf, Ringstr. 16, 2. A. II; Kirchfunkentele 28; Rudolf Meißner, Copenick, Kurfürstenallee 13, per: Pks 66; O. v. Schmidt, Lichtenberg, Hubertusstr. 1a, v. 1; West, 79; Theodor Schmatz, Reinickendorf, West, Straße 20, Haus 12; Rat. 90; Otto Metzner, Bernau bei Berlin, Lohmühlenstraße 3; Rat. 84; Rat. 84; Weißensee, Pankow, Claudiusstr. 20; Paul Henicke, Spandau, Götterstr. 5, Rat. 300.

**Philharmonie**  
 8 Uhr  
**Sinfonie-Konzert**  
 des Philharm. Orch.  
 Birg. Prof. I. Przewer  
 Viol.-Konz. A.-dur  
 Mozart (Hänke)  
 Sinf. C.-dur Schub  
 Eintritt 1 Mk.

**Lustspielhaus**  
 Friedrichstr. 236  
 Bergmann 2922  
 Täglich 8 1/2 Uhr  
**Grand Hotel**  
 Lustspiel von  
 Paul Frank

**Theat. d. Westens**  
 Tägl. 8 1/2 Uhr  
**Marietta**  
 Musik v. Oskar Straus  
 Käthe Dorsch  
 Michael Bohnen

**Inszeniert im**  
**Vortwärts**  
**haben Erfolg!**

**Kukirol**  
 beseitigt schnell, sicher und unblutig  
 Hornhaut, Schwielen,  
 Warzen und  
**Hühneraugen**

Eine Packung Kukirol-Pflaster kostet 75 Pfg. Kukirol hilft sicher!  
 Bei Nichterfolg erhalten Sie Ihr Geld zurück!